

# 50 Jahre Karl-Arnold- Stiftung

Fünf Jahrzehnte  
politische Bildung im  
Geiste von Karl Arnold

1959-2009





# Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Dr. Bernhard Worms .....	1
Mit Karl Arnold die Zukunft gestalten –	
Grußwort von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers .....	3
Grußwort des niedersächsischen	
Ministerpräsidenten Christian Wulff .....	6
Grußwort von Ruth Hieronymi .....	7
Gebäude der Karl-Arnold-Stiftung .....	8
Vorsitzende der Karl-Arnold-Stiftung .....	9
Interview mit Dr. Bert Even,	
Gründungsvorsitzender der Karl-Arnold-Stiftung .....	11
Titelblätter des Jahresprogramms	
der Karl-Arnold-Stiftung im Wandel der Zeit .....	16
Zeittafel der Karl-Arnold-Stiftung .....	17
Erinnerungen von Alo Hauser aus den	
Anfangszeiten der Karl-Arnold-Bildungsstätte .....	9
Die Anfänge der Karl-Arnold-Bildungsstätte –	
bevor sie in Stiftung umgetauft wurde .....	23
50 Jahre Gästebucheintragungen .....	31
Das Spezielle der KAB – ein persönlicher Rückblick .....	33
Politische Prominenz in der Karl-Arnold-Stiftung .....	41
Karl-Arnold-Stiftung:	
50 Jahre politische Bildung im Wandel der Zeiten .....	43
50 Jahre Gästebucheintragungen .....	55
Karl-Arnold-Stiftung: Unser Weg zur zertifizierten Einrichtung ...	57
Studienfahrten der Karl-Arnold-Stiftung .....	65
Einblicke in die Arbeit der Karl-Arnold-Stiftung:	
Europa vor Ort - Studienfahrten nach Straßburg, Brüssel	
und Luxemburg als Möglichkeit politischer Bildung .....	67
Festveranstaltung anlässlich des 50. Todestages	
von Karl Arnold im Rathaus der Stadt Düsseldorf .....	76
Einblicke in die Arbeit der Karl-Arnold-Stiftung: Werte und	
Glauben in einer älter werdenden Gesellschaft. Ein Werkseminar...	77
Impressum .....	83

# Vorwort

*Dr. Bernhard Worms,  
Vorsitzender der  
Karl-Arnold-Stiftung*

Die Karl-Arnold-Stiftung ist 50 Jahre alt geworden. Dieses Jubiläum ist ein Grund zur Freude und ein Anlass zurückzuschauen auf 50 erfolgreiche Jahre.

Als Vertreter der Jungen Union des Rheinlands im Jahr 1959 die großartige Idee hatten, für ihre politische Bildungsarbeit eine eigene Jugendbildungsstätte in Bonn-Bad Godesberg zu bauen und zu betreiben, hat keiner der Gründerinnen und Gründer voraussehen können, dass die Karl-Arnold-Stiftung im Jahr 2009 ihren 50. Geburtstag feiert. Sie haben trotz Widerständen und Widrigkeiten an ihrer Idee festgehalten und mit viel Enthusiasmus, politischem Geschick und Beharrlichkeit die Karl-Arnold-Bildungsstätte geschaffen und mit Leben erfüllt.

Rund 40 Jahre war das Haus an der Venner Straße in Bonn-Bad Godesberg Heimstatt für die Karl-Arnold-Stiftung. Hunderte Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker haben dort ihre ersten politischen Gehversuche unter-

nommen und das politische Einmaleins erlernt. Viele tausende Bürgerinnen und Bürger sind von nah und fern nach Bonn-Bad Godesberg gereist, um sich politisch weiterzubilden, um miteinander und voneinander zu lernen und um politische Ziele zu formulieren und zu diskutieren.

Für viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurde die Karl-Arnold-Bildungsstätte im besten Sinne des Wortes „politische Heimat“, in der

- man für die Dauer eines politischen Seminars unter einem Dach lernte und lebte,
- man mit politisch Gleichgesinnten abseits des täglichen Termindrucks Politik gestalten konnte,



- von Anfang an hoch professionell politische Bildung vermittelt wurde.

Als demokratischer Schutzraum diente die Karl-Arnold-Bildungsstätte vielen Menschen, die in ihren Heimatländern wegen ihres Kampfes für Freiheit und Demokratie politisch verfolgt wurden.

Als die Karl-Arnold-Stiftung im Jahr 2002 ihr Tagungshaus wegen des Umzugs von Bundestag und Bundesregierung nach Berlin

wirtschaftlich bedingt aufgeben musste, sahen viele schon das Ende der Stiftung gekommen. Aber auch den Umzug nach Königswinter hat die Karl-Arnold-Stiftung, wie manche andere Herausforderungen in ihrer 50-jährigen Existenz, schadlos überstanden.

Trotz notwendiger Veränderungen und Anpassungen hat die Karl-Arnold-Stiftung ihr Profil immer bewahrt. In der geistigen und politischen Tradition von Karl Arnold bilden wir auch heute junge und erwachsene Menschen politisch. Wir fördern durch unsere Bildungsangebote das Bewusstsein für Demokratie, für Frieden in Freiheit, für die Einheit Europas, für Toleranz und gegenseitiges Verständnis und für die christlich-abendländische Wertesordnung.

Die Karl-Arnold-Stiftung hat mich ein Großteil meines politischen Lebens begleitet. Gemeinsam sind wir in die Jahre gekommen. Das Wort „alt“ vermeide ich bewusst. Denn die Arbeit in und für die Karl-Arnold-Stiftung hat

mich jung gehalten. Und die Karl-Arnold-Stiftung gehört noch lange nicht zum alten Eisen. Politische Bildung ist heute wichtiger denn je. Ohne das große Engagement, ohne den enormen Arbeitseinsatz und ohne die weit über das Übliche hinausgehende Leistungsbereitschaft der vielen hauptamtlichen, nebenberuflichen und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in fünfzig Jahren den Bildungsbetrieb der Karl-Arnold-Stiftung geplant, organisiert, durchgeführt und auch in schwierigen Jahren aufrecht erhalten haben, könnten wir den 50. Geburtstag der Karl-Arnold-Stiftung nicht feiern. Dafür möchte ich allen ehemaligen und heutigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich danken. Diese Festschrift will einen Überblick über 50 Jahre Karl-Arnold-Stiftung und ihre politische Bildungsarbeit geben. Sie will erinnern, informieren und zum Nachdenken anregen. Sie lässt in Grußworten Politiker zu Wort kommen, deren politischer Werdegang ganz

*>> Die Karl-Arnold-Stiftung hat mich ein Großteil meines politischen Lebens begleitet. <<*

*Dr. Bernhard Worms*

eng mit der Karl-Arnold-Stiftung und ihren Bildungsangeboten verbunden ist. In einem Interview berichtet der Gründungsvorsitzende über die Beweggründe zur Gründung der Karl-Arnold-Stiftung und über die Aufbaujahre. Ehemalige und heutige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geben persönliche Rück- und Eindrücke aus fünf Jahrzehnten politischer Bildung in unserer Stiftung.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern der Festschrift eine informative und angenehme Lektüre. Der Karl-Arnold-Stiftung wünsche ich viele weitere gute und erfolgreiche Jahre.



Dr. Jürgen Rüttgers,  
Ministerpräsident  
Nordrhein-Westfalen

nung – heftige Diskussionen, die sich bis in die Nächte zogen, aber auch viel Spaß und Ausgelassenheit. Auf jeden Fall waren es politisch sehr bewegte Zeiten, die Anlass zu erregten Debatten gaben. Ich bin kein 68er, sondern ein 69er. Meine Antwort auf die Proteste der Studenten war mein Eintritt in die CDU. Denn die Ideologien der 68er haben mir nie

# Mit Karl Arnold die Zukunft gestalten – von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers

Die Karl-Arnold-Stiftung hat meine politische Entwicklung ganz wesentlich mit geprägt. Es ist mir deshalb ein ganz besonderes Bedürfnis, ihr zu fünfzig Jahren vorbildlicher und zukunftsweisender politischer Bildungsarbeit zu gratulieren. Ich habe die Seminare als junger Erwachsener noch gut in Erinnerung

eingeleuchtet. Ihr Weltbild war mir zu einfach gestrickt. Vor allem störte mich der Anspruch ihrer Wortführer, erst mit ihnen habe die Demokratie in Deutschland Einzug gehalten. Das war schon damals eine Legende.

Wie falsch diese Ansicht war, zeigt nicht zuletzt der Blick auf Karl Arnold. Denn er war es, der direkt nach dem Krieg die entscheidende Frage gestellt hatte: „Wie wollen wir eigentlich leben nach der Katastrophe?“ Die Frage traf den Kern der Herausforderung. Denn es ging um eine ganz elementare Neuordnung aller politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse. „Wir mussten alles neu machen“ – so lapidar hat es Konrad Adenauer damals gesagt. Und es war derselbe Konrad Adenauer, der am 8. Mai 1949 – dem Tag, als der Parlamentarische Rat das Grundgesetz annahm – sagte: „Für uns Deutsche ist es der erste frohe Tag seit dem Jahre 1933.“ Wir sollten uns heute daran erinnern, dass kein Land jemals eine solche politische, physische und

vor allem moralische Niederlage erlebt hat. Aber wir haben die Chance für einen Neuanfang bekommen und genutzt. Wir haben zu unseren kulturellen Grundlagen zurückgefunden: Zum christlich-jüdischen Menschenbild und zu den Prinzipien der Aufklärung und der Freiheit. In diesem Jahr durften wir den 60. Geburtstag der Bundesrepublik Deutschland feiern: 60 Jahre Freiheit. 60 Jahre Demokratie. 60 Jahre solidarischer Sozialstaat.

Diese Prinzipien hat Karl Arnold wie kaum ein anderer Politiker vorgelebt. Für ihn stand fest: Ein wie auch immer aussehendes Nachkriegsdeutschland wird entweder demokratisch, sozial, christlich und europäisch sein, oder es wird keine Zukunft haben. Karl Arnold wusste: „Demokratie kann dem Volk nicht als Staatsgeschenk verordnet werden. Demokratie ist letztlich eine politische Atmosphäre, die die Voraussetzung dafür schafft, dass aus der sittlichen und geistigen Substanz aller Volkschichten Kräfte emporwachsen können, die

im Charakter und in ihrer Führungskraft befähigt und entschlossen sind, Volksimpulse für die politische Lebenserneuerung zu wecken. Demokratie ist keine mechanische Angelegenheit.“ Oder anders gesagt: Die freiheitlich-demokratische Ordnung lebt von Werten, die gelebt werden müssen, die vorgelebt werden müssen. Gerade deshalb ist auch politische Bildung so elementar wichtig für das Gelingen von Demokratie.

Karl Arnold ging es darum, wieder alle demokratischen Kräfte zusammenzuführen. Ihm ging es darum, die konfessionelle Spaltung zu überwinden. Ihm ging es vor allem auch darum, die sozialen und ideologischen Gräben zuzuschütten und Brücken zu bauen – um genau diese Atmosphäre zu schaffen, in der die Werte der Demokratie gedeihen konnten. Karl Arnold war ein Mann der Grundsätze. Aber er war niemals Ideologe. Sein Stil bestand nicht in Polemik und Konfrontation, sondern in Kooperation und Integration. Er machte

eine Politik, die Verantwortungs- und Gesinnungsethik zu verbinden wusste. Er machte immer eine Politik des Gewissens. Das machte ihn so glaubwürdig. Deshalb haben ihm die Menschen immer vertraut.

Diese Politik des Gewissens hat er auch als politisches Programm für unser Nordrhein-Westfalen formuliert. Jeder kennt den Satz aus der Regierungserklärung von 1950: „Das Land Nordrhein-Westfalen will und wird das soziale Gewissen der Bundesrepublik sein.“ Das war mehr als nur eine Behauptung, mehr als eine pathetische Beschwörung, mehr als eine politische Formel. Es war ein Bekenntnis. Bei uns in Nordrhein-Westfalen wurden die Mitbestimmung und viele andere soziale Errungenschaften erkämpft. Bei uns liegen die Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft. Und Karl Arnold war einer ihrer wichtigsten Architekten. Er wusste, dass eine Ordnung, die nur der Marktlogik folgt, scheitern musste. Er wusste, dass wirtschaftliche Vernunft und so-

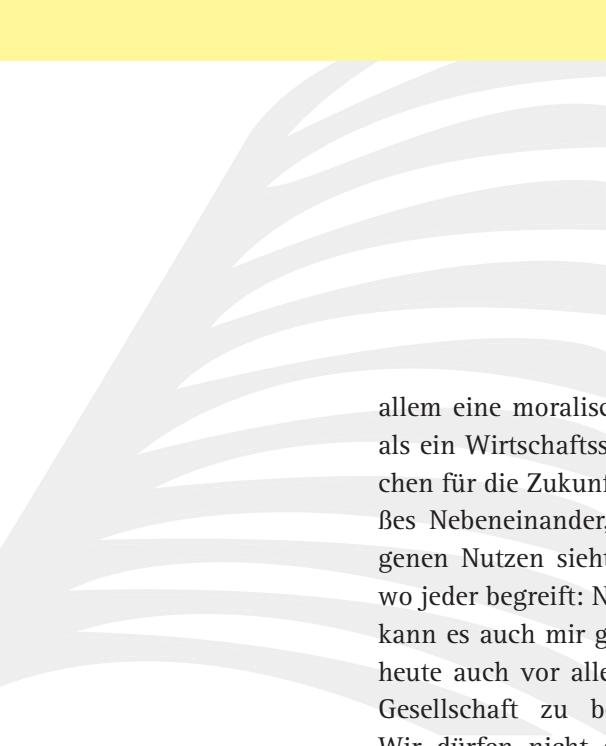
ziale Gerechtigkeit die zwei Seiten derselben Medaille sind. Deshalb hat er immer dafür gekämpft, dass die Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht getrennt werden dürfen.

Nicht umsonst steht das schon im „Ahlinger Programm“ von 1947. Dort wird bereits die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik

*>> Das Land Nordrhein-Westfalen will und wird das soziale Gewissen der Bundesrepublik sein. <<*

*Karl Arnold*

ausdrücklich formuliert. Ahlen war eben kein Programm für Verstaatlichung und Planwirtschaft. Es war die Grundlage für die Soziale Marktwirtschaft, wie sie dann in den Düsseldorfer Leitsätzen weiter ausgebaut wurde. Die Soziale Marktwirtschaft ist damit mehr als eine ökonomische Ordnung, sie ist vor



allem eine moralische Ordnung. Sie ist mehr als ein Wirtschaftssystem, sie ist ein Versprechen für die Zukunft: Sie ist mehr als ein bloßes Nebeneinander, wo jeder nur seinen eigenen Nutzen sieht. Sie ist ein Miteinander, wo jeder begreift: Nur wenn es allen gut geht, kann es auch mir gut gehen. Deshalb geht es heute auch vor allem darum, die Einheit der Gesellschaft zu bewahren.

Wir dürfen nicht akzeptieren, dass die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen Ausgebildeten und nicht Ausgebildeten, zwischen

Arbeitenden und Arbeitslosen, zwischen Ost und West, zwischen Einheimischen und Zuwanderern immer weiter auseinander geht.

Karl Arnold stand für eine Politik der Werte. Er machte eine Politik der Gerechtigkeit. Er verkörperte die Werte des jüdisch-christlichen Abendlandes und der Aufklärung. Er lebte diese Werte vor, als Christ, als Europäer. Damit

hat er die Herzen der Menschen erreicht und bewegt. Damit hat er Nordrhein-Westfalen tief geprägt. Und in diesem Geist arbeitet die Stiftung, die seinen Namen trägt – und trägt entscheidend dazu bei, dass dieses Vermächtnis weiterlebt. Denn Politik darf nicht nur danach fragen, „was geht“. Politik muss auch Normen setzen. Sie muss Werte verkörpern. Sie muss

*>> Karl Arnold stand für eine Politik der Werte. <<*

*Dr. Jürgen Rüttgers*

eine Vision haben. Gerade darum ist es auch so wichtig, dass junge Menschen politisch aktiv sind. Und dafür brauchen sie die politische Bildungsarbeit, wie sie seit Jahrzehnten von der Karl-Arnold-Stiftung so vorbildlich durchgeführt wird.

Karl Arnold bleibt Vorbild dafür, wie wir die Zukunft unseres Landes politisch gestalten –

weil er ein versöhnender Politiker war; weil er daran glaubte, dass der Mensch zum Besseren strebt und dem auch näher kommen kann und weil er von Werten geleitet war, die Voraussetzung für die Einheit der Gesellschaft sind. Dies sind für mich auch die wesentlichen Aufgaben politischer Bildungsarbeit: Bei allem notwendigen Streit immer auch den Dialog zu suchen

statt zu spalten, optimistisch an einer besseren Zukunft zu arbeiten statt sich fatalistisch vom Tagesgeschehen treiben zu lassen, und dabei immer sein tägliches Wirken

auf gemeinsame Werte aufzubauen. Karl Arnold hat das wie kaum jemand sonst vorgelebt. Die Stiftung, die seinen Namen trägt, hat dieses Vermächtnis angenommen und fortgeführt. Wir alle sind aufgerufen, in diesem Sinne gemeinsam die Zukunft zu gestalten.

# Grußwort des niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff

Gerne habe ich das Angebot wahrgenommen, einen persönlichen Beitrag zu der Festschrift zum 50-jährigen Bestehen der Karl-Arnold-Stiftung e. V. leisten zu dürfen. Dies ist ein willkommener Anlass für mich, die wichtige politische Bildungsarbeit der Stiftung zu würdigen, da ich mich dem Wirken und den Wertvorstellungen von Karl Arnold sehr eng verbunden fühle.

Der nach wie vor aktuelle und seit 2006 sogar zertifizierte Bildungsansatz der Stiftung ist durch den Namensgeber so stark geprägt, dass festgestellt werden kann: Der Name der Stiftung ist zugleich Programm. Mit dem Namen und der politischen Arbeit von Karl Arnold sind elementare christlich-soziale Wertvorstellungen verbunden, die zeitlos und zu Recht Grundlagen des Bildungsprogramms der Stiftung sind.

Karl Arnold ist für mich und sicherlich auch für viele andere, die in politischer Verantwortung stehen, ein Vorbild, da er Pragmatiker

*>> Die Karl-Arnold-Stiftung ist trotz ihres 50-jährigen Bestehens „nicht in die Jahre gekommen!“ <<*

*Christian Wulff*

und zugleich Visionär war. Stets hat er sich seinen „visionären“ Blick über den Regierungsalltag hinaus bewahrt und unserer Gesellschaft wertvolle Leitlinien an die Hand gegeben, die grundlegend für verantwortliches politisches Handeln sind.

Die Leitziele und die politische Bildung der Karl-Arnold-Stiftung haben mich insoweit persönlich geprägt, als sie Motiv waren, selbst politische Verantwortung zu übernehmen und christliche Werte in den politischen Alltag einzubringen. Nicht zu unterschätzen ist, dass die Stiftung im Rahmen ihrer Bildungsarbeit Zeit und Raum für persönliche Kontakte und Dialoge mit Menschen unterschiedlichen Al-

ters und anderer Lebenserfahrung gibt. Die Karl-Arnold-Stiftung ist trotz ihres 50-jährigen Bestehens „nicht in die Jahre gekommen!“ Sie zeichnet sich – basierend auf einem festen Wertefundament – durch ein zeitgerechtes und zukunftsorientiertes Bildungsprogramm aus. Ich wünsche der Stiftung auch weiterhin viel Erfolg und hoffe, dass sie stets die für die Zukunft unseres demokratischen Staatswesens wichtige Resonanz findet und viele Menschen für ihre Leitziele begeistert.



*Christian Wulff,  
Ministerpräsident  
Niedersachsen*



*>> Die Arbeit der Stiftung hat im erheblichen Maße dazu beigetragen, vielen Menschen in unserer Region Europa und die europäische Politik näher zu bringen. <<*

*Ruth Hieronymi*

## Grußwort von Ruth Hieronymi

Zum 50-jährigen Geburtstag der Karl-Arnold-Stiftung übermitte ich Ihnen meine herzlichen Glückwünsche.

Auftrag der Karl-Arnold-Stiftung ist es nach ihrem Selbstverständnis, Bürgerinnen und Bürger für die Demokratie in Deutschland und Europa zu begeistern und zu motivieren, Verantwortung in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat zu übernehmen

Diesem Auftrag ist die Karl-Arnold-Stiftung in den letzten 50 Jahren in hervorragender Weise nachgekommen.

Der Einsatz der Stiftung in der politischen Bildungsarbeit war vorbildlich. Die Karl-Arnold-Stiftung hat mit ihren Seminaren, Weiterbildungsveranstaltungen und Studienfahrten vor allem zahlreichen jungen Menschen Politik begreiflich und anschaulich gemacht.

Ich selbst arbeite seit vielen Jahren äußerst erfolgreich mit der Karl-Arnold-Stiftung zusammen. Als Mitglied des Europäischen Parlaments von 1999 bis 2009 habe ich in jedem

Jahr mehrere Bildungsreisen für Bürgerinnen und Bürger zu den Arbeitsorten des Europäischen Parlaments in Straßburg oder Brüssel in enger Kooperation mit der Karl-Arnold-Stiftung durchführen können.

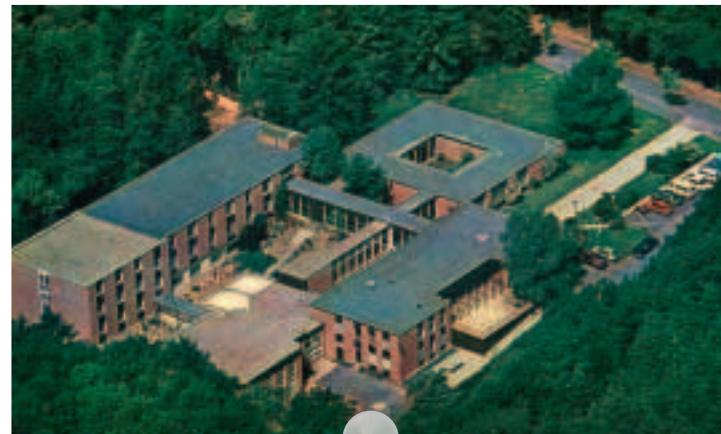
Die Arbeit der Stiftung hat im erheblichen Maße dazu beigetragen, vielen Menschen in unserer Region Europa und die europäische Politik näher zu bringen. Der Slogan „Einmal Europa live erleben ist besser als zehnmal darüber gelesen zu haben“ wurde durch die hervorragende Arbeit der Stiftung in die Realität umgesetzt.

Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Karl-Arnold-Stiftung, dem Leiter Herrn Clausius und dem Vorsitzenden Herrn Dr. Worms für die ausgezeichnete Zusammenarbeit in den letzten Jahren.

Für die Zukunft wünsche ich viel Erfolg und freue mich, vielleicht auch mal wieder als Teilnehmerin, an einer Studienfahrt der Stiftung mitwirken zu können.



*Luftbild der  
Karl-Arnold-  
Bildungsstätte  
April 1962*



*Luftbild der  
Karl-Arnold-  
Bildungsstätte  
nach dem Anbau  
Anfang der  
1980iger Jahre*



*Adam-Stegerwald-  
Haus Königswinter,  
Sitz der Karl-Arnold-  
Stiftung seit 2002*

# Vorsitzende der Karl-Arnold-Stiftung



**Dr. Bert Even**  
(19.10.1959 – 29.01.1970)

**Prof. Dr. Winfried Pinger**  
(12.08.1980 – 20.05.1981)



1950

**Heinrich Köppler**  
(29.01.1970 – 20.04.1980)



1960

1970

1980

## **Karl Lamers**

(Geschäftsführender Vorsitzender  
20.05.1981 – 17.10.1986 und  
Vorsitzender 17.10.1986 – 14.10.1992)



1990



**Dr. Bernhard Worms**  
(20.05.1981 – 17.07.1984)

## **Dr. Bernhard Worms**

(01.12.1998 – heute)



2000



**Ronald Pofalla**  
(14.10.1992 – 01.12.1998)

# Interview mit Dr. Bert Even, Gründungsvorsitzender der Karl-Arnold-Stiftung



*Karl-Arnold-Stiftung: Herr Dr. Even, Sie sind einer der Gründungsväter der Karl-Arnold-Stiftung. Wie kam es zu deren Entstehung?*

**Dr. Even:** Die Initiative zur Gründung der Karl-Arnold-Stiftung – ursprünglich „Karl-Arnold-Bildungsstätte e.V.“ – kam 1959 aus der Jungen Union Rheinland, deren Landesvorsitzender ich zu jener Zeit war. Zu diesem Kreis gehörten auch Alo Hauser, Mitglied des Landtags und mein späterer Nachfolger bei der Jungen Union, Konrad Grundmann, damals Arbeits- und Sozialminister, Franz Meyers, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, und Wilhelm Johnen, ein enger Freund von Karl Arnold und gleichzeitig Landesvorsitzender der CDU Rheinland und Landtagspräsident.

*Karl-Arnold-Stiftung: Was bewog Sie zur Gründung und wieso sollte Karl Arnold als Namensgeber dienen?*

**Dr. Even:** Unsere Absicht war es, die Erinnerung an Karl Arnold, den so früh verstorbenen

Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen und großen christlich-sozialen Politiker, wach zu halten. Denn es bestand die Gefahr, dass er in Vergessenheit geriet. Nach seinem plötzlichen Tod 1958 verschwand er allmählich aus dem Gesichtsfeld wie so viele Politiker. Doch dieses Schicksal sollte Karl Arnold nicht teilen. Er war der erste gewählte Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen. Er war auch außenpolitisch sehr aktiv, vor allem in der Europapolitik, und hoch angesehen in den Nachbarländern, in den Niederlanden, Belgien und Luxemburg.

Zudem sprach Karl Arnold junge Leute sehr stark an und setzte sich sehr für sie ein. Er hatte daher sehr viele Anhänger in der jungen Generation und verstand es, diese mitzureißen. Ich erinnere mich beispielsweise an den Auftakt des Landtagswahlkampfs 1958. Damals fand die bisher größte gemeinsame Kundgebung der Jungen Union Rheinland und Westfalen in Düsseldorf in einer Messe-

*Dr. Bert Even,  
Gründungsvorsitzender der  
Karl-Arnold-Stiftung*

halle statt. Hauptredner waren Adenauer und Arnold. Es waren über 10.000 Jungwähler aus ganz Nordrhein-Westfalen angereist und es war ein unglaublicher Jubel.

Dazu kam die soziale Komponente von Karl Arnold, die einfach unverzichtbar war. Er kam ja aus den Reihen der christlichen Gewerkschaften der Weimarer Zeit und hatte daher zahlreiche Anhänger in der Arbeitnehmer- schaft.

Ein solcher Mann durfte einfach nicht „abgelegt werden“ in der Geschichte. Der musste lebendige Kraft bleiben. Das war unser Beweggrund für die Gründung des Vereins „Karl-Arnold-Bildungsstätte e.V.“, der späteren Karl-Arnold-Stiftung.

**Karl-Arnold-Stiftung: Welche Zielsetzung hatte der Verein?**

**Dr. Even:** Er sollte im Geist Karl Arnolds wirken und insbesondere junge Menschen ansprechen. Vor diesem Hintergrund machte er

es sich zur Aufgabe Veranstaltungen durchzuführen, in denen junge Menschen mit ihren Rechten und Pflichten in Gemeinschaft und Staat vertraut gemacht und in christlich-sozialer Verantwortung staatsbürgerlich und politisch gebildet werden. Dazu gehörten Seminare und Lehrgänge unterschiedlichster Dauer und Art. Ein besonderes Anliegen waren uns aber auch Begegnungstreffen zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen im Sinne der Völkerverständigung.

**Karl-Arnold-Stiftung:** *Im Zuge der Gründung des Vereins beschlossen Sie auch den Bau einer eigenen Bildungsstätte in Bad Godesberg. Dabei hatten Sie allerdings anfangs anscheinend mit ziemlichen Schwierigkeiten zu kämpfen.*

**Dr. Even:** Die Bildungsstätte sollte dazu dienen, die Ziele, die wir uns gesetzt hatten, zu erfüllen. Jungen Menschen sollte auf diese Weise die Teilnahme an unseren Veranstal-

tungen ermöglicht werden. Wir sahen die Bildungsstätte auch als eine Art Denkmal für Karl Arnold, dem es stets ein besonderes Anliegen war, neben dem materiellen Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem die geistige Erneuerung der Jugend zu fördern. Was schwierig war, war die finanzielle Seite.

*>> Wir sahen die Bildungsstätte auch als eine Art Denkmal für Karl Arnold. <<*

*Dr. Bert Even*

Die Stadt Bad Godesberg hatte uns zur Errichtung der Bildungsstätte ein Grundstück überlassen im Wege eines Erbbauvertrags. Doch wir mussten von der Bebauung Abstand nehmen, da Anwohner dagegen protestierten. Wir erhielten dann im Wechsel ein neues Grundstück, das jedoch doppelt so groß war. Das wa-

*>> Wir wollten für unsere Bildungsarbeit immer ein eigenes Haus, eine gewisse 'Heimstatt' haben. <<*

*Bert Even*

merkten wir schnell, dass wir für die Zukunft Ausbaureserven benötigen würden und auch räumliche Möglichkeiten für geselliges Beisammensein geschaffen werden mussten. Das alles kostete natürlich und bereitete uns daher ziemliche Probleme.

ren etwa 10.000 Quadratmeter. Dementsprechend waren finanzielle Mehraufwendungen erforderlich. Darüber hinaus ergab sich während der Bauphase Anfang der 1960er Jahre ein Bauboom mit explodierenden Baupreisen, so dass alle anfänglichen Kostenschätzungen über Bord geworfen werden mussten. Zudem

**Karl-Arnold-Stiftung:** *Dennoch war es immer das Ziel der Jungen Union Rheinland, eine eigene Bildungsstätte zu haben und nicht in andere Häuser zu gehen und dort zu belegen.*

**Dr. Even:** Ja, wir wollten für unsere Bildungsarbeit immer ein eigenes Haus, eine gewisse 'Heimstatt' haben. Entsprechende Überlegungen gab es schon seit 1958. Die Junge Union Rheinland hatte eine breit gefächerte Bildungsarbeit, aber diese Arbeit spielte sich verteilt über das ganze Rheinland ab. Genutzt wurde beispielsweise der Jugendhof Rheinland in Königswinter, aber auch Kolpinghäuser, Gaststätten und Gasthöfe. Die Veranstaltungen fanden teilweise in Hinterzimmern statt und überall waren wir nur zu Gast. Wir hatten niemals Einfluss auf die Leitung und schon gar nicht auf den Geist des Hauses. Zudem reichten damals die im rheinisch-westfälischen Raum vorhandenen Schulungsstätten nicht aus, um den wachsenden Bedarf und das steigende Interesse junger Leute an politischer

Bildung zu decken. Infolgedessen kam der Gedanke auf: Wir schlagen zwei Fliegen mit einer Klappe. Wir bauen erstens eine Bildungsstätte und zweitens nennen wir die dann nach Karl Arnold. Und auf diese Weise wurde 1959 der Verein „Karl-Arnold-Bildungsstätte“ gegründet. Ich war damals Landesvorsitzender der Jungen Union Rheinland und da bot es sich an, dass ich dann auch zum Gründungsvorsitzenden des Vereins gewählt wurde.

**Karl-Arnold-Stiftung:** *Gab es Gegner Ihres Vorhabens?*

**Dr. Even:** Im Gegenteil: Wir hatten starke Unterstützung. Ich erwähne hier vor allem den Landtagspräsidenten und CDU-Landesvorsitzenden Wilhelm Johnen, die Landesregierung unter Franz Meyers mit Arbeits- und Sozialminister Konrad Grundmann sowie Alo Hauser. Aber ich erwähne auch dessen Namensvetter Hansheinz Hauser aus Krefeld, der auch Landtagsabgeordneter und zeitweise

Schatzmeister war. Und dann Bundesfamilien- und -jugendminister Wuermeling, der von unserem Projekt ebenfalls ganz begeistert war. Auch Dr. Fritz Burgbacher, Landes- und Bundesschatzmeister der CDU und seit 1957 so wie ich Mitglied des Bundestags, hat unser Vorhaben tatkräftig unterstützt.

**Karl-Arnold-Stiftung:** *Aus welchen Mitteln wurde die Karl-Arnold-Bildungsstätte und deren Arbeit damals finanziert?*

**Dr. Even:** Wir hatten die Möglichkeit, öffentliche Förderung in Anspruch zu nehmen. Karl Arnold hatte – insbesondere auch, weil er sich für die jüngere Generation einsetzte – als Ministerpräsident 1950 in Nordrhein-Westfalen als erstem Bundesland einen Landesjugendplan aufgestellt. Das gab es bis dahin noch nicht in der Bundesrepublik. Das Land Nordrhein-Westfalen wurde damit beispielhaft sowohl für den Bund wie auch für die anderen Länder. Aus diesem Topf konnten wir Geld bekommen.

Auch die Stadt Bad Godesberg, damals noch selbstständig, sowie die Stadt und der Landkreis Bonn haben uns finanziell unterstützt. Zudem war ich Mitglied des Bundestages und konnte erreichen, dass wir über Familienminister Wuermeling einen Bundeszuschuss bekamen. Die CDU Rheinland stellte für den Bau der Bildungsstätte ebenfalls Mittel zur Verfügung. Außerdem warben wir Spenden ein. Trotzdem war die finanzielle Ausstattung immer sehr knapp.

**Karl-Arnold-Stiftung:** *Welche Auswirkungen hatte dies?*

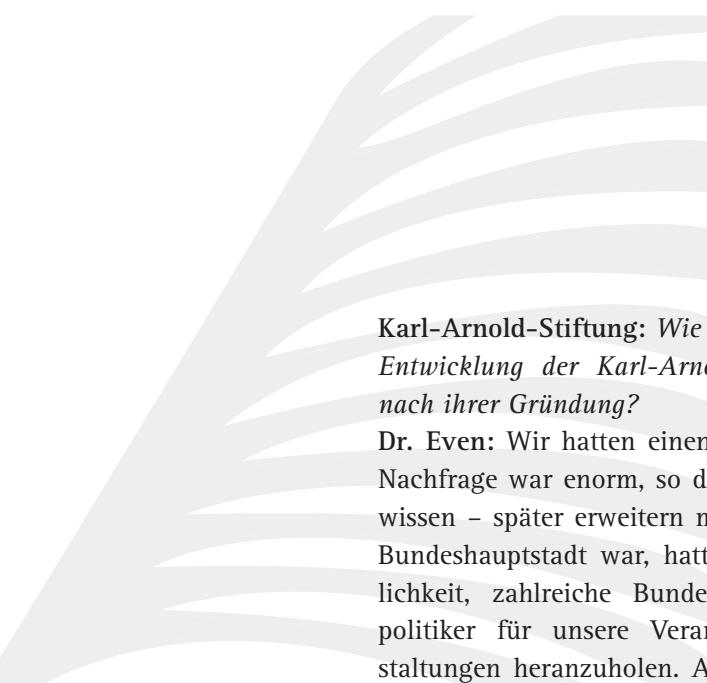
**Dr. Even:** Eine Folge war beispielsweise die sehr knappe Personaldecke. Anfangs gab es neben dem damaligen Leiter der Bildungsstätte Jürgen Wahl keinen weiteren pädagogischen Mitarbeiter. Deshalb musste sich die Leitung neben der Bildungsarbeit auch um die Instandhaltung des Hauses und um die Finanzverwaltung kümmern. Dadurch blieb

oft wenig Zeit für eigene Bildungsarbeit; viele Seminare waren Gastveranstaltungen.

**Karl-Arnold-Stiftung:** *Hat sich an dieser angespannten finanziellen Situation später etwas geändert?*

**Dr. Even:** Eine entscheidende Besserung der finanziellen Ausstattung trat erst 1966 ein. Damals beschloss die nordrhein-westfälische Landesregierung, Einrichtungen der politischen Bildung wie den Verein „Karl-Arnold-Bildungsstätte“ massiv zu fördern. Dies geschah insbesondere im Hinblick auf die wachsende Zahl von NPD-Anhängern in der jungen Generation. Die NPD hatte damals in sieben von elf Landtagen eine Fraktion. Dagegen ist das heute geradezu „kleines Gewürm“ gegenüber dem, was in den 1960er Jahren passierte. Ziel war es, gerade in der jungen Generation Bildungsarbeit zu betreiben, um einen Rückfall in die nationalsozialistische Ideologie zu verhindern.





*Karl-Arnold-Stiftung: Wie beurteilen Sie die Entwicklung der Karl-Arnold-Bildungsstätte nach ihrer Gründung?*

**Dr. Even:** Wir hatten einen guten Start. Die Nachfrage war enorm, so dass wir – wie Sie wissen – später erweitern mussten. Da Bonn Bundeshauptstadt war, hatten wir die Möglichkeit, zahlreiche Bundespolitiker für unsere Veranstaltungen heranzuholen. Als einen der Höhepunkte habe ich persönlich das Jahr 1965 empfunden. Damals hatte Ludwig Erhard grandios die Wahlen gewonnen mit über 47 Prozent. Mit ihm kam eine junge Mannschaft – über 20 Abgeordnete, die Mitglied der Jungen Union waren. Und die habe ich dann in die Karl-Arnold-Bildungsstätte eingeladen – zum gemütlichen Beisammensein und natürlich um – wie heute auch damals in der politischen Arbeit üblich – Absprachen

zu treffen. Ich erinnere mich auch daran, dass in unserem Haus die Schüler Union, die Schülervereinigung der CDU, gegründet wurde. Hier war Karl Lamers, der Nachfolger von Jürgen Wahl, sehr aktiv. Später wandelte sich die Teilnehmerstruktur. Neben jungen Leuten kamen mehr und mehr Senioren zu den

*>> Ich erinnere mich auch daran, dass in unserem Haus die Schüler Union (...) gegründet wurde. <<*

*Bert Even*

Veranstaltungen, vor allem über die Senioren Union der CDU, deren Landesvorsitzender Alo Hauser nachher war.

Was mich jedoch besonders gefreut hat: Wir haben als Karl-Arnold-Bildungsstätte mit unserer Arbeit immer für die Einheit Deutschlands gekämpft. Plötzlich war die Einheit

da und es kamen nun zahlreiche Kreis- und Landesverbände aus Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen und Ostberlin zu uns nach Bad Godesberg. Das war ein großer Erfolg. Dass unsere Bildungsstätte später infolge des Umzugs der Regierung nach Berlin aufgegeben

werden musste, war natürlich schon bitter. Umso mehr freut es mich zu sehen, wie positiv sich die Karl-Arnold-Stiftung an ihrem neuen Standort in Königswinter weiterentwickelt hat. Sie ist bis heute ein Ort, an dem politische Bildung

im Geiste Karl Arnolds betrieben wird. Unsere Absicht als Gründungsväter, durch diese Institution die Erinnerung an ihn wach zu halten, hat sich somit erfüllt.

**Karl-Arnold-Stiftung:** Herr Dr. Even, wir danken Ihnen für das Gespräch.

# Titelblätter des Jahresprogramms der Karl-Arnold-Stiftung im Wandel der Zeit



# Zeittafel der Karl-Arnold-Stiftung

<b>22.03.1958</b> Landestagung der JU Rheinland in Krefeld und erste Anregung zur Schaffung einer Bildungsstätte („Landesschulungsstätte“) der JU Rheinland	<b>21.10.1958</b> Vorstandssitzung der JU Rheinland und Bildung eines Ausschusses zur Besprechung der Fragen zur Gründung eines Schulungsheims der JU Rheinland in Bad Godesberg	<b>19.10.1959</b> Gründung des Vereins „Karl-Arnold-Bildungsstätte e.V.“	<b>18.01.1960</b> 1. Vorstandssitzung der „Karl-Arnold-Bildungsstätte e.V.“	
<b>Juli 2009</b> Rezertifizierung der Karl-Arnold-Stiftung durch den Gütesiegelverbund Weiterbildung	<b>01.01.2009</b> Kooperationsvertrag mit der Jakob-Kaiser-Stiftung e.V. und der Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V.	<b>August 2006</b> Zertifizierung der Karl-Arnold-Stiftung durch den Gütesiegelverbund Weiterbildung	<b>31.12.2001</b> Umzug der Karl-Arnold-Stiftung nach Königswinter	<b>02.07.1997</b> Verkauf der Bildungsstätte an die Konrad-Adenauer-Stiftung

**04.07.1961**

erster Spatenstich auf dem  
Grundstück Venner Straße  
durch Frau Liesel Arnold

**01.09.1962**

Beginn des Bildungs-  
betriebs in der Karl-  
Arnold-Bildungsstätte

**01.01.1965**

Veröffentlichung des ersten  
eigenen Bildungsprogramms der  
Karl-Arnold-Bildungsstätte

**03.03.1960**

Beschluss des Hauptausschusses  
der Stadtvertretung Bad Godesberg  
zur Überlassung eines städtischen  
Grundstücks im Wege eines Erb-  
bauvertrages zur Errichtung einer  
Karl-Arnold-Bildungsstätte

**24.11.1961**

Grundsteinlegung für die  
Karl-Arnold-Bildungsstätte  
durch Ministerpräsident  
Dr. Franz Meyers

**26.10.1962**

Einweihung der Karl-  
Arnold-Bildungsstätte

**1975**

Anerkennung der Karl-Arnold-  
Bildungsstätte als Einrichtung  
der Weiterbildung mit Internats-  
betrieb durch den Minister für  
Wissenschaft und Forschung des  
Landes NRW

**26.11.1982**

Namensgebung des  
Heinrich-Köppler-Saals  
der Karl-Arnold-Stiftung

**20.09.1982**

Einweihung des  
Erweiterungsbau der  
Karl-Arnold-Stiftung

**06.12.1979**

Anerkennung des Bildungswer-  
kes der Karl-Arnold-Stiftung als  
Einrichtung der Weiterbildung  
ohne Internatsbetrieb durch den  
Regierungspräsidenten Köln

**21.03.1979**

Umbenennung der  
„Karl-Arnold-Bildungs-  
stätte e.V.“ in „Karl-  
Arnold-Stiftung e.V.“

**01.01.1979**

Aufteilung des  
Bildungsbetriebs  
in „Bildungsstätte“  
und „Bildungswerk“

# Erinnerungen von Alo Hauser aus den Anfangszeiten der Karl-Arnold-Bildungsstätte (aus dem Jahre 1981)



Mitte der 50er Jahre betrieb die Junge Union Rheinland eine sehr rege politische Bildungsarbeit. Wirtschaftliche Grundlage dafür war der von dem Ministerpräsidenten Karl Arnold in Nordrhein-Westfalen als erstes deutsches Bundesland geschaffene Landesjugendplan. Die Bildungsveranstaltungen fanden in verschiedenen Pensionen und Hotels des Rheinlandes statt, so zum Beispiel im Kolpinghaus Düren und in Pensionen in Loope und Solingen. Die dezentrale Durchführung hatte zwar einige Vorteile, die Nachteile überwogen jedoch. Insbesondere wurde das Fehlen wirklich geeigneter, störungsfreier Vortragsräume bemängelt.

Auf einer Tagung eines Arbeitskreises der JU Rheinland, der sich mit Fragen der Bildungsarbeit der JU befasste, wurde daher auf Antrag von Alo Hauser beschlossen, den Landesvorstand zu bitten, für die JU Rheinland eine Jugendbildungsstätte zu bauen oder zu erwerben. Dieser Plan fand insbesondere die

Unterstützung des Landtagsabgeordneten Konrad Grundmann, der damals im Alter der JU in den Landesvorstand der JU Rheinland kooptiert worden war.

Der Landesvorstand und sein damaliger Schatzmeister Hansheinz Hauser untersuchten zunächst die Möglichkeit der Übernahme eines bestehenden Objektes in Krefeld. Es wurde jedoch festgestellt, dass dieses Objekt sich nicht eignete.

Daraufhin schlug Alo Hauser dem Landesvorstand die Erbpacht eines von der Stadt Bad Godesberg zur Verfügung zu stellenden Grundstückes vor, auf dem eine Jugendbildungsstätte errichtet werden könnte. Die JU hatte bei der Kommunalwahl am 28.10.1956 in Bad Godesberg einen großen Erfolg errungen und stellte dort acht von siebzehn CDU-Ratsmitgliedern. Auch die SPD-Stadtratsfraktion und die FDP-Stadtratsfraktion Bad Godesberg stimmten für den entsprechenden Antrag der CDU-Stadtratsfraktion. Das da-

*Alo Hauser*



*Alo Hauser zur Gründungszeit  
der Karl-Arnold-Stiftung*

mals vorgesehene Grundstück lag in der Nähe der heutigen Karl-Arnold-Bildungsstätte in vorwiegend unbebautem Baugelände an der Axenfeldstraße. Es erschien in dieser hervorragenden Lage dem Landesvorstand der JU bestens geeignet. Da die Stadt Bad Godesberg auch in der Frage des Erbpachtzinses der JU weit entgegenkam, wurden JU Rheinland und Stadt Bad Godesberg schnell handelseinig.

Die Nachricht, dass an der Axenfeldstraße eine Jugendbildungsstätte errichtet werden solle, erregte jedoch die Bevölkerung insbesondere im Bereich der Umgebung der Axenfeldstraße (Gebiet „Freier Weg“, „Am Stadtwald“, „Auf dem Brand“) sehr. Man befürchtete Lärm und Störungen in einer bevorzugten ruhigen Wohngegend am Wald und verwies auf die angeblich schlechten Erfahrungen mit der in der Nähe befindlichen Jugendherberge an der Vennerstraße.

Dies veranlasste den damaligen Vorsitzenden der CDU-Stadtratsfraktion und persönlichen

Referenten des Bundesfamilienministers F. J. Wuermerling, Dr. Fritz Brüse, und seinen Fraktionskollegen, Alo Hauser, dazu, dem Landesvorstand der JU die Übernahme des jetzigen Grundstücks der Karl-Arnold-Bildungsstätte, einige hundert Meter weiter am Stadtwald gelegen, in Erbpacht vorzuschlagen. Dieses neue Grundstück war wesentlich größer als das zuerst vorgesehene, aber bewaldet und lag außerhalb des Bebauungsplanes. Infolgedessen waren schwierige Verhandlungen mit den zuständigen Behörden erforderlich, um die Genehmigung zum Bau und Betrieb der Karl-Arnold-Bildungsstätte zu erhalten. Die Stadt Bad Godesberg unterstützte die Bestrebungen zum Bau der Bildungsstätte jedoch nach besten Kräften, so dass die Schwierigkeiten überwunden werden konnten. Die Stadtwerke Bad Godesberg und ihr damaliger Direktor Kuhl dehnten ihr Anschlussnetz in Richtung Karl-Arnold-Bildungsstätte aus und trugen so zur Senkung der Baukosten bei.

Als persönlicher Referent von Bundesfamilienminister Wuermerling setzte sich Dr. Fritz Brüse mit viel Geschick und Erfolg für die Genehmigung der Bundesmittel aus dem Bundesministerium für Familie und Jugend zum Bau der Karl-Arnold-Bildungsstätte ein, ebenso wie sich Konrad Grundmann als jugendpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion beim Arbeits- und Sozialminister Nordrhein-Westfalen für die Mittel aus dem Landesjugendplan verwandte. Nachträglich betrachtet war der durch den Bürgerwiderstand erzwungene Geländetausch ein Glück. Ohne ihn wäre die Erweiterung der Karl-Arnold-Bildungsstätte nicht möglich gewesen. Die ruhige Lage am Stadtwald hat sich

für die Tausende von Teilnehmern an den Veranstaltungen der Karl-Arnold-Bildungsstätte bestens bezahlt gemacht.

Erster Leiter der Karl-Arnold-Bildungsstätte wurde Herr Jürgen Wahl, der auch mit seiner Familie in der Bildungsstätte Wohnung nahm.

*>> Erster Leiter der Karl-Arnold-Bildungsstätte wurde Herr Jürgen Wahl <<*

*Alo Hauser*

Jürgen Wahl war hauptamtlicher Mitarbeiter der Katholischen Jugend und im Bereich der JU Krefeld ehrenamtlich tätig. Wahl musste sich damals nicht nur um den Schulungsbetrieb, sondern auch um die abendliche Aufsicht im Heim und um Abrechnungen und Wirtschaftlichkeitsfragen kümmern. Trotz des großen

Einsatzes von Jürgen Wahl und seiner Ehefrau stellte sich bald heraus, dass dies schon rein zeitlich eine Überforderung war. In der Person von Norbert Gintzburg, einem gelernten Buchhalter aus der JU Bad Godesberg, der inzwischen leider verstorben ist, erhielt Jürgen Wahl Entlastung für den Bereich der Buchhaltung und der Führung des Hauspersonals. Zur Eröffnung der Karl-Arnold-Bildungsstätte wurden sechs junge Damen für den hauswirtschaftlichen Bereich eingestellt, darunter Frau Sesterhenn als gelernte Hauswirtschaftsleiterin. Unter den jungen Damen befanden sich zwei Haushaltshilfen aus dem Saarland, namens Fräulein Margot Klees und Fräulein Ilse Schneider.

Die ausgebauten Kellerräume unter dem Bettentrakt der Karl-Arnold-Bildungsstätte wurden in den Anfangsjahren nicht benötigt. Alo Hauser, der seit 1961 Vorsitzender der Allgemeinen Karnevalsgesellschaft Prinzengarde (AKP) e.V. Bad Godesberg war, erhielt vom Vorstand der Bildungsstätte die Genehmigung,

dass die AKP diese Räume gegen eine geringe Miete als „Zeughaus“ zur Unterbringung ihrer Dekorationsstücke und zur Arbeit an denselben benutzen durfte. Auf diese Weise wurde die Karl-Arnold-Bildungsstätte für einige Jahre zugleich „Zeughaus“ der AKP. Fräulein Klees und Fräulein Schneider schlossen sich der „Infanterie“ der AKP an. Fräulein Klees heiratete deren Mitglied Gerd Usadel und ist heute glückliche Ehefrau und Mutter.

Um die Jahreswende 1960/61 besuchte der Landesvorstand der JU Rheinland Wien und das Burgenland. Der Besuch wurde ein voller Erfolg. Insbesondere freundeten sich die Rheinländer bei einem feucht-fröhlichen Abend in Oggau im Burgenland mit einer dort beheimateten Gruppe der österreichischen Jugendbewegung an und luden sie zu einem Gegenbesuch in die Karl-Arnold-Bildungsstätte ein. Dieser Gegenbesuch war die erste internationale Jugendbegegnungsveranstaltung in der Karl-Arnold-Bildungsstätte.

**1947-1951**  
, Praktisch gelehrt  
der Verein Carl Arnold - Werner, L., und Göttinger  
Kunstfachschule 45

Base und Sitz Sitz ist ein Ton in der Melodie, der nicht in die Schallregelung eingetragen werden. Mit der Melodie wird nur die Basis des Tonleiters eingetragen. Verlust des Sitzes (s. L. 1).

- Leben und Aufgabe

1.) Der Vorstand setzt sich aus Aufsichts-, Geschäftsführer- und Finanz-  
direktoren, die gemeinsam nicht, lange Menschen mit ihrem Beruf und Pflichten  
einerseits Verantwortung übernehmen und andererseits auf sie in verbindlich  
Vernunft will diese aufgeworfenen Verantwortungen und militärische zu rütteln. Der  
Vorstand will diese aufgeworfenen Verantwortungen und militärische zu rütteln. Der  
Vorstand will diese aufgeworfenen Verantwortungen und militärische zu rütteln.

2.)

a.) montagige und donnerstagige Versammlungen  
b.) Seminare vereinzelten Art.  
c.) Regierungsräte reichen am ~~sozial-politischen~~ <sup>sozial-politischen</sup> und politischer  
Zusammengruppen  
d.) Internationale Regierungsräte mit ~~sozial-politischen~~ <sup>sozial-politischen</sup> und militärischer  
Zusammensetzung

3.) Zur Durchsetzung dieser Aufgaben will der Vorstand das GÖL Arbeits- und  
Rat und bestreitet weiterhin und kontinuierlich. ~~Re~~ soll ~~sozial-politische~~  
Rat bestreitet, um Arbeitskraft und sozialen Verantwortung. ~~Re~~ soll ~~sozial-politische~~  
Rat in den 1.) genannten Versammlungen zu bestreiten. Der Vorstand  
des Rates ist nicht auf eine Erteilung eines Beschlusses zur Verantwortung  
des Vorstandes sowie ausschließlich für die in den 1.) genannten  
verantwortet.

4.) Der Stellen des Vorstandes ist nicht auf einer verantwortlichen Aussicht  
verantwortet, er arbeitet auf gemeinsamer Basis, übersteht

## *Satzung der Karl-Arnold-Bildungsstätte (Originaldokument von 1960)*

Preston

Boone, Bill, Red Geddesburg, Bismarck, 148  
Boone, Bill, Bismarck, Gilman, 155  
Boone, Bill, Red Geddesburg, Bismarck, 16  
Boone, Bill, Bismarck, Bismarck, 16  
Boone, Bill, Superior, 17-29  
Boone, Bill, Superior, 20-21  
Boone, Bill, Superior, 21-22

1920-1921  
Fres Eissauer, 1921, Bonn, Bochum, 1921  
Hannover, 1921, Bad Salzungen,  
1921, Berlin, 1921

Der Vorstand des Vereins, Dr. Dietl, Dr. Hap., gab zunächst einen kurzen Bericht über die gegenwärtige Stellung der Verhandlungen und stellte alle Forderungen des Vereins, das das Verfahren der Eintrittsgelds abgeschafft werden will, dar. Das Abgelese der Forderungen wurde von Dr. Hap. bestätigt. Es folgte eine Diskussion, in der Dr. Hap. die Forderungen des Vereins bestätigte. Es wurde beschlossen, dass der Antrag des Vereins abgelehnt wird.

Plattform für die Planung und Realisierung  
mit den Bem. Ministeriums  
Berlin 1970

... und Kinder, der Minister für Familien- und Jugendfragen, sowie der Bildungsminister gemeinsame Beratungen getreffe, um eine neue Regelung zu erarbeiten, die bei entsprechender Zustimmung durch den Landtag, auch Mittel von Ministerium für Familien- und Jugendfragen aus dem Haushaltsgesetz gegeben werden. Am 28.11.1950 fandt in Bonn eine Sitzung statt, bei der eine Sonderkommission über die Vergabeung der Hochschul- und den Institut von Hochschulzulassung des Studienangebotes entschieden. Diese Sonderkommission besteht aus: Regierungsratminister Weber von Arbeits- und Sozialministerium Hochschul-Kontrollen und der Bundesprüfung der Lath. Hochschulgesetz Bonn an. Der gesamtverantwortliche Vorstand hat an abgesprochen, die entzündlichen Beziehungen mit dem Regierungsratminister Weber zu Hochschul- und Berufsschul-Bildungsminister zu verstehen, daß er bei eingeschrittenen Fällen "Hochschul-Kontrollen-Bildungsminister" beauftragt. Von dem Gespräch als Form Regierungsgesetzrechts zu profitieren, um eine gesetzliche Sicherung der Hochschul- und Berufsschul-Bildungsminister für Familien- und Jugendfragen, sowie der Bildungsminister gemeinsame Beratungen getreffe, um eine neue Regelung zu erarbeiten, die bei entsprechender Zustimmung durch den Landtag, auch Mittel von Ministerium für Familien- und Jugendfragen aus dem Haushaltsgesetz gegeben werden.

Der Befehl der Regierung und der entsprechenden Behörden ist hierzu ausreichend. Die entsprechenden Befehle der entsprechenden Behörden zu übernehmen und auszuführen sind den entsprechenden Befehlen des entsprechenden Ministeriums zu unterstehen und zu unterstehen.

Protokoll über die erste Vorstandssitzung  
der Karl-Arnold-Bildungsstätte  
(Originaldokument vom 18. Januar 1960)

# Die Anfänge der Karl-Arnold-Bildungsstätte – bevor sie in Stiftung umgetauft wurde



von Jürgen Wahl,  
Leiter des Hauses  
von 1962 bis 1966

Im Winter 1961/62 hatte mich der Vorstand des Trägervereins der Karl-Arnold-Bildungsstätte zum „Leiter“ des Hauses gewählt. Im Frühling 1962 zog ich mit Frau und Kindern von Krefeld in das damals noch selbständige Bad Godesberg um. Ich musste in einem Umfang allein handeln, den ich nicht hatte ahnen können. Dabei half mir meine kurz zurückliegende Erfahrung als Referent für Politische Bildung im Jugendhaus Düsseldorf, der Zentrale des Bundes der deutschen katholischen Jugend (BDKJ). Ich kannte einen Großteil der

deutschen „Bildungshäuser“. Deshalb gelang es, diese Verbindungen zu aktivieren und von Anfang an gutes Personal nach Bad Godesberg abzuwerben. Die Hauswirtschaft leitete schon früh Anneliese Sesterhenn. Sie half bei der Anschaffungsliste, was nicht leicht war, weil nach dem Bau nur noch wenige Mittel für Anschaffungen zur Verfügung standen. Jedenfalls „eröffneten“ wir noch nach und nach vor dem Sommer 1962.

Eine klare Perspektive für die Benutzung des Hauses bot nur der Landesverband Rheinland der Jungen Union mit seinen Wochenend-Seminaren. Wie das Haus insgesamt wirtschaftlich verplant wurde, blieb mir überlassen. Der Vorstand beließ es bei dem Wunsch, „auch anderen Gruppen und Verbänden das Haus anzubieten“. Das funktionierte relativ gut durch meine Kontakte, die ich fünf Jahre lang in meiner alten Stellung hatte erwerben können. Nur selten kam es zu Empfehlungen, die nicht von mir ausgingen. Hilfreich unterstützt

wurde ich vom Vorstandsmitglied der Karl-Arnold-Bildungsstätte Alo Hauser, der lange Jahre CDU-Chef in Bad Godesberg war. Er gab viele hilfreiche Ratschläge und verstand am besten die Sorgen, die bald eintraten.

Als erste „fremde Gruppe“ kam eine Einheit der Bundeswehr „ins Haus“. Da (unter anderem!) die Betten für die Zimmer noch nicht geliefert worden waren, schliefen die Soldaten in Schlafsäcken auf den Zimmerböden. Ein Hubschrauber stand mir zur Verfügung, um das Haus von oben zu fotografieren, und so kann man bis heute sehen, wie zerfurcht noch die Umgebung aussah.

Zu spät protestierte ich 1963 dagegen, dass der Architekt zur Straße hin einen Bulldo-



*Hauswirtschaftliches Personal unter  
Leitung von Frau Sesterhenn (2. v.l.)*

*Luftbild der Karl-Arnold-Bildungsstätte April 1962*



zer einsetzte, um einen Erdwall zu begradi- gen. Dieser milderte nämlich den Schall des Straßenverkehrs in Richtung Haus ab. Als der Wall weg war, „um das Gebäude besser hervorheben zu können“ (Architekt Horst Tenten), mussten die Fenster der Hörsäle oft geschlossen bleiben, zumal an sommerlichen Wochenenden. Eine weitere Belastung für den Bildungsbetrieb war, dass es um das Haus herum weder Zäune noch Hecken gab. Nicht selten kamen neugierige Spaziergänger unge- fragt aufs Gelände. Manche drückten gar ihre Nasen an den Scheiben platt.

Nach der Bundeswehr kam eine CDA-Gruppe aus dem Aachener Raum, freilich zum Ferien- machen „ohne Programm“. Um Einnahmen zum Betrieb des Hauses zu erzielen, nahm ich jahrelang fast jede Gruppe auf, mit oder ohne Seminarprogramm. Die „Auslastung“ blieb oberstes Gebot.

Am 26. Oktober 1962 wurde die „KAB“, wie sie die Leute bald leicht irreführend nannten,

feierlich eingeweiht. Irreführend, denn wir waren ja nicht die „Katholische Arbeitnehmer-Bewegung“, die übrigens nie bei uns eine Veranstaltung durchführte.

Der Vereinsvorsitzende Dr. Bert Even konnte neben Karl Arnolds Witwe Liesel und deren Kindern weitere Prominenz begrüßen – vom früheren Ministerpräsidenten Franz Meyers und Landtagspräsident Wilhelm Johnen, über Josef Hermann Dufhues und Familienminister Franz Josef Wuermeling bis zu Bürgermeis- tern, Abgeordneten, Kirchenvertretern und Verbandsrepräsentanten. Konrad Adenauer

hatte abgesagt. Er besuchte die Karl-Arnold- Bildungsstätte erst 1964 nach seinem Rück- tritt als Bundeskanzler.

Zu Beginn der Feier im vollbesetzten Speise- saal übergab der Architekt an Dr. Even den Schlüssel, Musik von Händel und Mozart erklang. Reden wurden gehalten. Später kreis- ten Platten mit Speisen, nach wenig Sekt floss viel Bier. Das WDR-Fernsehen übertrug eine halbe Stunde lang Ausschnitte der Reden und zeigte Teile des Hauses. Danach war ich mit unserem kleinen Team endgültig allein im Planungs- und Finanzierungsalltag.

Eine Sekretariatskraft gab es nicht. Auch ich selbst war der falschen Meinung gewesen, meine Frau könne „dies und das neben dran übernehmen“, wie sich ein Vorstandsmitglied hören ließ. An dieser Stelle gebührt deshalb größter Dank der unvergesslichen Hilde Zanona aus der Geschäftsstelle der JU Rheinland, die immer wieder zur Stelle war, um Seminare durchzuziehen. Sie kümmerte sich nicht nur um die Organisation. Sie war auch eine anerkannte Streitschlichterin.



Nachdem die Personalengpässe (zum Teil!) anerkannt waren, kam 1963 die vorzügliche Elisabeth Roos und wickelte unter anderem als „Sekretärin an der Pforte“ kleine und größere Probleme ab. Erst Ende 1964 konnte ich zum Beispiel den Einbau eines Münztelefons erreichen. Bis dahin herrschte Nahkampf um das „KAB“-Telefon.

Trotz des bleibenden Improvisationsdrucks gelangen uns einige selbst gestaltete Tagungen, und sogar mein direkter Einfluss auf die so genannten „Gast-Belegungen“ nahm etwas zu. Referenten wurden öfter vermittelt. Doch in der Regel mussten die „Gruppen“ vollkommen selbstständig ihre Seminare planen. Uns blieben das Einquartieren und die Zubereitung der Mahlzeiten. Am schwierigsten wurde das „Schlüsselproblem“, denn der Architekt hatte kein System einbauen lassen, das eine Schlüsselausgabe an Tagungsteilnehmer erlaubte. Manche Gruppe weigerte sich, abends eine eigene „Concierge“ an die Pforte zu set-

zen. Im Frühjahr 1962 hatten 45 Gruppen und Verbände Interesse an eigenen Tagungen angemeldet. Dazu gehörten JU-Kreisverbände außerhalb des Rheinlands, Rotes Kreuz und Malteser, Europa Union, konfessionelle Verbände und auch einige Arbeitsgemeinschaften von Ausländern, besonders aus dem ostmitteleuropäischen Exil. Ziemlich früh beriet bei uns das Katholische Jugendferienwerk, mit dessen Leitung ich befreundet war.

Die Karl-Arnold-Bildungsstätte war ausdrücklich als Jugendbildungsstätte genehmigt und gebaut worden. Folglich gab es nur einfache Doppelzimmer mit etwas mehr als Jugendherbergskomfort, eine am Anfang ebenso schlichte wie lärmende Bestuhlung im Speisesaal, nirgendwo schallschluckende Bodenbeläge und dies alles auch in lauten „Hörsälen“. Gruppen mit überwiegend älteren Teilnehmern reagierten oft empfindlich auf „diesen Jugendherbergsstil“, den sie nicht erwartet hatten. Ich aber durfte und wollte bei den Be-

*Vlnr. Minister Wuermerling, Frau Liesel Arnold,  
Ministerpräsident Franz Meyers und Dr. Bert Even*



*Schlüsselübergabe von Architekt  
Tenten an Dr. Bert Even*

mühungen um Gasttagungen solche Negativa nicht benennen, und so kam es immer wieder zu Schwierigkeiten mit Gästen, die auch noch außerhalb des Essens bedient werden wollten. Da meine Familie und ich in der Bildungsstätte wohnten, waren wir ständig für Wünsche und Beschwerden erreichbar. Auch nachts, das war kein Vergnügen. Dass die Arbeit damals dennoch Freude machte und sogar Erfolge brachte, wird gern vermerkt. Denn die meisten Gäste hatten Verständnis, viele pack-

ten sogar mit an. In den Folgejahren wurde die Karl-Arnold-Bildungsstätte mehr und mehr angenommen. Rudolf Seiters, damals Bezirksvorsitzender der JU in Niedersachsen (Oldenburg/Emsland), hat „bei uns“ die erste große JU-Mitgliederbefragung mit anschließender Bildungsplanung ausgewertet. Rainer Barzel diskutierte als „Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen“ mit Studenten über Deutschlands Teilung und stiftete für den Clubraum eine Plastik, die den Bau der Berliner Mauer symbolisierte. Die Bundeswehr schulte die ersten „Jugendoffiziere“, was uns stolz machte. Die Hermann-Ehlers-Gesellschaft beriet über die Zusammenarbeit von Politik und Diakonie. Dazu erschien als Referent auch Heinrich Krone, einer der treuesten Mitstreiter Konrad Adenauers. Die eindrucksvolle Ehlers-Tagung zeigte schnell, dass das Konzept des Hauses wegen der Widersprüche zwischen „Jugend-

*Tagung einer Gruppe der  
UNESCO im Jahr 1962*



bildungshaus“ einer-  
seits und Anspruch als Akademie  
andererseits schnell an seine Grenzen stoßen  
musste.

Gern erinnere ich mich an ein Seminar im Winter 1963. Mitglieder der CDU aus dem Kreis Rees befassten sich einige Tage lang mit oppositioneller Literatur in der Sowjetunion. Heute denke ich gern daran zurück, welcher Studiereifer damals in der Partei Adenauers und Arnolds herrschte. Mit Freude begrüßte ich zum Beispiel im Juni 1964 die CDU-Frau-

*Weltkongress der  
Ungarischen Freiheitskämpfer*

en meiner Heimatstadt Krefeld. Bei solchen Tagungen lieferte ich mehr als ein Grußwort und suchte zum Tagungsthema beizutragen. Besonders dann, wenn Europapolitik im Mittelpunkt stand. Ich war seit 1951 in der Europa-Bewegung. Das sorgte für Kontakte über die Grenzen hinweg. Es gelang daher früh, auch Freunde aus den Niederlanden nach Bad Godesberg zu holen.

Eine der erschütterndsten Tagungen erlebten wir im Mai 1965. Es kamen Frauen und Männer der Vereinigung „Opfer des Stalinismus“ zusammen, die zusammen 220 Jahre in den DDR-Zuchthäusern gesessen hatten, bis sie von der Bundesrepublik „freigekauft“ wurden.

*>> Es ist eine Lüge, dass „in der Ära Adenauer geschwiegen wurde“, wie nicht nur Joschka Fischer daher redete. <<*

*Jürgen Wahl*



Sie fertigten eine Liste mit ihrem Alter, ihren Verurteilungen und ihren Gefängnisjahren an. Es war eine sehr gemischte Generationen-Gruppe, die ich nie vergaß, weil sie uns anspornte. Erschüttert hat uns, dass einige der Teilnehmer früh an den Folgen der Häftlingsqualen starben.

Hier möchte ich auch einschieben, dass wir uns immer wieder mit den Untaten des NS-Regimes befassten. Dabei war ich regelmäßig Referent, denn entsprechende Programme hatte ich schon ab 1957 im BDKJ entwickelt. Es

ist eine Lüge, dass „in der Ära Adenauer geschwiegen wurde“, wie nicht nur Joschka Fischer daher redete. Ex-KZ-Häftlinge kamen in die Karl-Arnold-Bildungsstätte, Schulbücher wurden kritisch durchgesehen. Ex-Teilnehmer von Wochenendseminaren fuhren vor dem Sechstagekrieg unter meiner Leitung durch den Libanon, Syrien, Jordanien und Ost-Jerusalem. Bei einer der „NS-Tagungen“ kam es im Speisesaal zu einem Zwischenfall. Ein älteres Mitglied der Bundeswehr (die zur JU parallel im Hause tagte) bekannte sich dazu, 1943/44

nahe Auschwitz in einer Flak-Stellung gelegen zu haben. Er stieß hervor: „Wir haben nix gerochen und von Massenmord nix gemerkt.“ JU-Leute drohten dem Mann Prügel an. Ich riet ihm mit Erfolg zur Abreise.

Es gab – gottlob – auch andere politische Kuriosa. Als Wolfgang Schäuble einmal ein RCDS-Seminar zu Problemen des Verfassungsschutzes leitete, nahm daran der Jura-Student Hans-Christian Ströbele aus Berlin teil, der spätere RAF-Verteidiger und heutige Bundestagsabgeordnete der Grünen.

Eines Tages kamen vier japanische Jugendleiter zu Gesprächen mit Beamten des Familienministeriums ins Haus. Sie klagten nicht über „das laute Haus“. Sie sagten mir, dass sie „genau so eines bauen“ wollten.

Zu den Besonderheiten zählte auch eine große Tagung des Weltverbandes der Ungarischen Freiheitskämpfer. Fast alle hatten im Oktober 1956 am Aufstand teilgenommen. Der Kontakt zu diesen Leuten entstand durch die

### *Ausstellung in der Karl-Arnold-Bildungsstätte über Polen*

Freundschaft mit György Graf Szécheny, dem ungarischen Chef der Godesberger Redoute. An der Tagung nahm Ungarns General a.D. Hennyey ebenso teil wie ungarische FORD-Arbeiter aus Köln. Und ich musste einmalig das Haus bewachen lassen, da meine Gäste nicht ohne Grund Anschläge „der anderen Seite“ befürchteten. Doch abends floss ungarischer Wein der Sorte „Stierblut“ in Strömen. Ich wurde zum Ehren-Ungar befördert. Ein Jahr später trugen einige der Ungarn zu dem (später wiederholten) Seminar „Vergessene Kinder Europas“ bei, zu dem wir auch Polen, Esten, Tschechen, Slowaken, Kroaten und Rumänen begrüßen konnten.

Sehr eindrucksvoll war auch eine Tagung von Palästinensern mit jungen Politikern der CDU im Dezember 1964. Fast alle palästinensischen Studentenorganisationen waren vertreten, auch die der in Gründung befindlichen PLO. Ein älterer Herr imponierte uns in jenen Tagen besonders: Aref el Aref, letzter Bürgermeister



von Jerusalem vor 1948. Er las abends aus seinem zuversichtlich gestimmten Lebensbericht. Ich besuchte ihn zwei Jahre später im jordanisch besetzten Ramallah. Dort sagte er: „Ich war und bleibe davon überzeugt, dass wir uns mit den Juden in wenigen Stunden einigen könnten, wenn die Einmischungen großer Staaten von außen aufhören würden, auch die der arabischen Welt, von Moskau ganz zu schweigen.“ Aref el Aref starb zwei weitere Jahre später. Ich bin sicher, dass Gott ihn in Ehren aufnahm.

1965 gelang endlich eine Verstärkung der „Eigentagungen“, zum Beispiel mit Hilfe des Deutsch-Französischen Jugendwerks, das meine Projekte „Wir entdecken Deutschland“ förderte. Dabei gab es Vorträge, aber auch die hautnahe Entdeckung Bonns und der Politik durch französisch-deutsche Interview-Teams, Exkursionen nach Köln und Journalisten-Gespräche.

Mein Polen-Engagement von heute hat 1965 in der Karl-Arnold-Bildungsstätte begonnen. Wir luden am Anfang junge Polen aus Exil-Familien ein; leider konnte man nur so und mit zur Versöhnung bereiten Vertriebenen starten. Eines Tages kam aber auch eine das ganze Haus mit Dokumenten und Bildern füllende Ausstellung über Ostmitteleuropa – Schwerpunkt Polen – zustande. Sie war nicht leicht zu realisieren, denn führende JUler standen damals auf dem Standpunkt, die Teilung Europas werde „noch mehr als Jahr-zehnte dauern“ und es sei Zeitverschwendug, ausgerechnet über

Polen viel erfahren zu wollen. Die Ausstellung widerlegte solche Einschätzungen. Die Regionalpresse lobte die Ausstellung.

Natürlich sah das Haus eine Fülle von Tagungen, auch der Bundes-JU, zum großen Themenkreis Kommunismus – DDR – Moskau. In diesen Seminaren hielt ich viele Vorträge. Es bleibt faszinierend, die Namen so vieler in den Gästebüchern der Karl-Arnold-Stiftung zu finden, die sich der damals herrschenden Resignation in Sachen Deutscher Teilung widersetzten.

Zeitweise hatten wir „Rheinische Gespräche“, vor allem zu Themen wie Schule und Fortbildung. Sie schließen leider wieder ein, wer weiß warum. Ich musste einsehen, dass wir für solche Tagungstypen nicht gerüstet waren, auch dann nicht, als endlich eine weitere Kraft (Norbert Gintzburg) für die Verwaltung und Buchführung angestellt wurde.

Leicht vergisst man „kleine“ Ereignisse. Damit meine ich kleine fruchtbare (ungestörte!) Gesprächskreise, die bei uns oft nur einen Tag lang zusammen kamen, etwa die Bundes-

*Deutsche und französische Jugendliche im Gespräch mit Bundeskanzler Adenauer*



führung des BDKJ mit meinem späteren Chef, dem Jugendminister Dr. Bruno Heck, oder die Beratung von Planern der heranwachsenden Bundeszentrale für Politische Bildung.

Im Jahre 1964 besuchten wir mit einigen Deutschen und Franzosen Konrad Adenauer. Er empfing uns in seinem Bundestagsbüro. Die ziemlich unpolitischen jungen Franzosen irritierte er mit seiner Antwort auf die Frage, die der Leiter der französischen Gruppe, angestiftet durch mich, Adenauer nach den Atomwaffen („Force de frappe“) der Grande Nation stellte. Die verblüffende Antwort des damals fast neunzigjährigen Altkanzlers: „Also, liebe Freunde, Großbritannien hat, Sie wissen dat, diese janzen Waffen. Warum sollen Sie se denn nicht haben!? „Hat er“, so fragte ein Parisien, „fast nur einen Satz gesagt?“ „Ja“, erklärte ich ihm, „Adenauer hält das für genug und für richtig.“

Eines Tages kam der aktive Pensionär Konrad Adenauer doch noch, spätnachmittags, in die

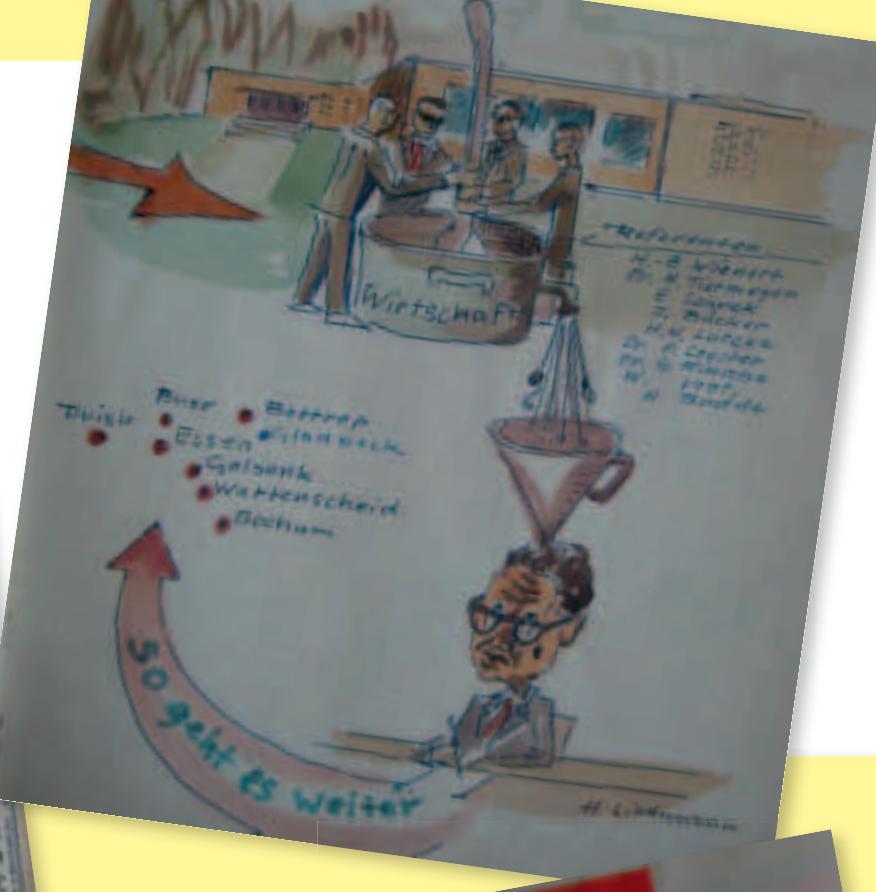
Karl-Arnold-Bildungsstätte. Ich empfing ihn schon draußen und schlug einen Rundgang vor. Im Speisesaal wollte der „Alte“ später mit CDU-Rentnern Kaffee trinken. Adenauer schwieg, als ich ihm die beiden Hörsäle, ein Gästezimmer und den Clubraum zeigte. Ab und zu sagte er nur „Aha“ und fragte mich schließlich. „Herr Wahl, nun sagen Sie mal ehrlich: Wat machen Sie denn nun wirklich hier?“ Ich war empört und schluckte: „Wie ich schon ausführte, machen wir hier, vor allem für die Junge Union, Politische Bildung.“ Der Alte sah mich länger an und fasste den Rundgang aus seiner Sicht zusammen. „Na schön, und Sie glauben, dass dat was hilft?“ Ich schwieg und brachte ihn zu den Rentnern. Heute versteh ich Adenauers Abschlussfrage besser als 1965. Seine Offenheit bleibt für mich unvergessen.

Im Frühjahr 1966 wurde Bruno Heck auf einem Bonner Bundesparteitag zum „Geschäftsführenden Mitglied des Parteipräsidiums“ der

*>> Es waren gute und lehrreiche Jahre, die ich nicht missen will. <<*

*Jürgen Wahl*

CDU gewählt. Am gleichen Tag fragte er mich, ob ich sein Persönlicher Referent und Leiter seines Parteibüros werden wollte. Wir kamen uns seit 1958 durch die Zusammenarbeit in BDKJ-Seminaren und später durch seine Dienstbesuche in der Karl-Arnold-Bildungsstätte. Ich habe Bruno Heck nach Ostern und einer Wanderung zugesagt und schied im Sommer bei der „KAB“ aus. Vorher hatte ich noch den Nahen Osten und, siehe oben, Aref el Aref besucht. Der Wechsel zu Bruno Heck führte nun auch noch zu einer ausreichenden Wohnung und zu ungestörter Nachtruhe. Die Bilanz hieß aber auch: Es waren gute und lehrreiche Jahre, die ich nicht missen will.



50 Jahre





## Gästebucheintragungen

# Das Spezielle der KAB – ein persönlicher Rückblick



von Michael Lingenthal,  
Leiter der Karl-Arnold-  
Bildungsstätte  
(1982 – 1988)

Die Karl-Arnold-Bildungsstätte war in den siebziger und achtziger Jahren ein Begriff für die Arbeit der christlichen Demokratie im vorpolitischen Raum. Die Aufgabenteilung mit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) klappte

*>> Die Besonderheit der KAB war zweifellos der Aufbau eines themen- bzw. zielgruppenorientierten Netzwerkes. <<*

*Michael Lingenthal*

vorzüglich. Man kooperierte insbesondere in der Förderung von jugendlichen Führungskräften, so speziell bei Bildungsangeboten für die „Schüler Union“ (SU), den RCDS und für „Junge Zeitungsmacher“. Die internationale Arbeit der Karl-Arnold-Bildungsstätte gab manchmal Anlass zu „Reibereien“ mit der KAS, speziell im Falle der Unterstützung der spanischen Christdemokraten in der Phase des Demokratiebeginns nach Franco. In anderen Feldern, so zum Beispiel in den Programmen in Polen, nutzte die KAB die Verbindungen der KAS in das Land.

Die Karl-Arnold-Bildungsstätte war ein Begriff. Mit ihrem Kürzel „KAB“ wurde sie oftmals mit der „Katholischen Arbeitnehmer Bewegung“ verwechselt. Als der Vorstand die Aktivitäten der Bildungsstätte vielfältiger entwickelte, rückte die Bildungsstätte durch die Umbenennung in „...Stiftung“ etwas in den Hintergrund. Auch hatte man in der praktischen Zusammenarbeit mit Partnern oftmals

das Problem, dass an „Stiftung“ andere Anforderungen, im Sinne von finanziellen Begehrlichkeiten, gestellt wurden, als bei der eher bescheidenen Bezeichnung „Bildungsstätte“. Ich verwende im Folgenden den Begriff „Bildungsstätte“ bzw. „KAB“, weil meine Zeit als Leiter der Bildungsstätte überwiegend nicht dem Abschnitt „Stiftung“ zugeordnet werden kann und weil mein Anliegen in erster Linie die professionelle politische Bildungsarbeit der Bildungsstätte war. Die Besonderheit der KAB war zweifellos der Aufbau eines themen- bzw. zielgruppenorientierten Netzwerkes. Lange bevor der Begriff „Netzwerke“ zum Standard der Arbeit im vorpolitischen Raum wurde, hatte ihn die KAB praktiziert. „Junge Zeitungsmacher“ und „schülerpresse aktuell“ war die erfolgreichste Initiative einer politischen Bildungsinstitution in ihrer Zeit, untrennbar mit Günther Spaett und der engen Kooperation mit der KAS verbunden. Sie war ein Beispiel für die erfolgreiche Zielgruppen-



*Blick in ein Seminar  
für junge Zeitungsmacher*

arbeit mit Jugendlichen, die eher Distanz zur Union und zu den Volksparteien hielten.

Günther Spaett steht auch in besonderer Weise für die Arbeit mit der „Schüler Union“. Der heutige Ministerpräsident von Niedersachsen Christian Wulff ist sicherlich der prominenteste Vertreter dieser Arbeit, der mit der KAB politische Bildungsarbeit gestaltete und organisierte.

Rudolf Dadder hatte lange bevor die Senioren als organisierte Zielgruppe in der Union ihren Platz hatten, die zukünftige Bedeutung dieser Altersgruppe erkannt und die Seniorenarbeit aufgebaut. Damals von manchen als

„Rentnerband“ belächelt, hatte die KAB die zukünftigen demografischen Entwicklungen Deutschlands richtig interpretiert und ein entsprechendes Bildungsangebot präsentiert.

Unter Heinrich Köppler befassten sich die KAB und die CDU-Rheinland schon frühzeitig mit dem, was heute „Migrantenhintergrund“ genannt wird. Bernd Lüken von der KAB und Joachim Herudeck von der CDU-Rheinland begannen eine systematische Arbeit mit der sogenannten „Gastarbeitergeneration“ und deren Kindern, weil man wusste, dass man diesen Teil unserer Gesellschaft integrieren musste und es zudem ein interessantes

Wählerpotential war. Dr. Franz Schoser, heute Schatzmeister der KAS, hatte bei etlichen KAB-Tagungen aufgerufen, besonders die Nachfolgegenerationen der ersten „Gastarbeiter“ zu beachten, sie gut auszubilden und zu integrieren. Wenn man seinerzeit mit mehr Energie und flächendeckend seinem Rat gefolgt wäre, hätten wir vermutlich heute weniger „Migrantenprobleme“.

Mit der entwicklungspolitischen Erfahrung von Bernd Lüken konnte dieser Themenkomplex in das Programm aufgenommen und zusätzliche Finanzierungsmittel des BMZ erschlossen werden.

Hansen und Theo Frings standen für die Thematik „Kultur und Politik“. Filmnächte, auch zu sehr schwierigen Themen – wie zum Beispiel der Propagandafilm im NS-Regime bzw. in der DDR-, hatten ihren Platz im Programmangebot der KAB, aber auch „Rock und Politik“.

*>> Das (...) Thema „Wehrhafte Demokratie“ war auch ständiges Element der Tagungen zur DDR und zum kommunistischen System. <<*

*Michael Lingenthal*



Für die Reihen „Waren unsere Väter Verbrecher?“ und „Nationalsozialismus unter Jugendlichen“ gab es manche Kritik, auch weil etliche das „?“ nicht mitlasen und die notwendigen Begriffsbestimmungen und -zuordnungen von (Kollektiv-)Schuld, Scham und Verantwortung negierten. Es ging darum, die junge Generation eben genau nicht unter „Schuldnzwang“ zu setzen, aber dennoch die politische, soziale und alltägliche Entwicklung des Nationalsozialismus zu erklären und aufzuzeigen, welche Konsequenzen die junge Demokratie der Bundesrepublik für die Abwehr des Rechtsextremismus gezogen hatte. Das damit verbundene Thema „Wehrhafte Demokratie“ war auch ständiges Element der Tagungen zur DDR und zum kommunistischen System. Die KAB zeigte praktische Solidarität mit freigekauften politischen Gefangenen. Sie bot für diese Zielgruppe eigene Tagungen an und setzte diese Menschen als Zeitzeugen und Referenten in den Bildungsmaßnahmen zum

Systemvergleich ein. Manchem Zuhörer war es unerträglich, über die Praxis der Verfolgung und der Demütigungen in den speziellen DDR-Gefängnissen zu hören. Man hatte sich doch sehr gut auf dieser Seite der Mauer eingerichtet und wollte vor allem nicht gestört werden. So wurde oftmals die KAB als „Kalter Krieger“ diffamiert, obwohl sie nichts weiter tat, als authentisch über die reale Lage im Staatssozialismus der DDR und anderer Warschauer-Pakt-Staaten zu informieren.

Wenn Karl Lamers zu den „Sicherheitspolitischen Tischrunden“ einlud, parkte vor der Hörsaalfront der KAB regelmäßig ein „auffällig-unauffälliger“ Opelkombi der sowjetischen Botschaft mit verdunkelten Scheiben – vermutlich nur, um die frische Luft in der Venner Straße zu genießen. In dieser Tischrunde gab es eine interessante Entwicklung. Zunächst folgte die sowjetische Botschaft keiner Einladung. Dann sprachen Vertreter dieses Staates nur bei einem Exklusivauftakt.

*vlnr. Karl Lamers, Bundespräsident  
Dr. Karl Carstens, Michael Lingenthal*

Schließlich akzeptierten die Sowjets auch ein gemeinsames Podium mit den USA.

Der „Arbeitskreis DDR-Literatur“, von Karl Lamers ins Leben gerufen und später von Hans-Joachim Gaudigs begleitet, hatte nicht nur die Entwicklung von Literatur und Germanistik in beiden deutschen Staaten, vor allem in der DDR, im Fokus, sondern bot immer Gelegenheit, Hinweise zur internen Entwicklung in der DDR zu erfahren. Studienfahrten in die DDR ergänzten diese Arbeit.

Bundespräsident Dr. Karl Carstens eröffnete mit einer Jugendtagung zur „Zukunft der deutschen Nation“ den Erweiterungsbau, um den sich besonders Dieter Behrenbruch verdient gemacht hatte. Die KAB stritt mit und vor Jugendlichen zur „Zukunft der deutschen Nation“ und gab den Wunsch an die Einheit nicht auf. Warum hatte ich selbst an diese Zukunft geglaubt bzw. den Glauben wieder gefunden? Es waren die Begegnungen mit der politischen Führung in Polen, mit der katho-

lischen Kirche Polens, mit den Jugendlichen und Intellektuellen in der Partei „Znak“ und in den „KIK“ (Klub der katholischen Intelligenz). Dort überzeugte man mich, dass die Einheit Deutschlands unabdingbar für die Freiheit der „WP-Staaten“ sein würde. „Einheit“ natürlich unter Respektierung der aktuellen Grenzen, also bei vollständigem Verbleib der ehemaligen deutschen Ostprovinzen bei Polen.

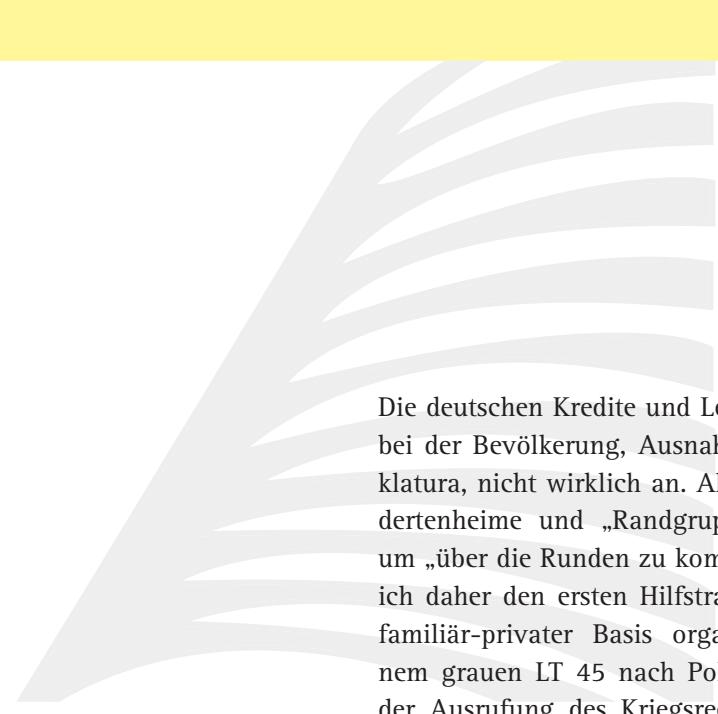
Die politischen Kontakte, besonders von Karl Lamers und mir, wurden von etlichen in der Union kritisch gesehen. Noch hatte sich die Union nicht „vollinhaltlich“ zur Anerkennung der sogenannten Ostverträge entschlossen, es gab eher „Akzeptanz des Unvermeidlichen“ als „überzeugte Anerkennung“. Die Instrumentalisierung dieser Kontakte sowie der entsprechenden Arbeit der KAB im innerparteilichen Wettstreit um die Aufstellung als Bundestagskandidat habe ich als kein Ruhmesblatt meiner Partei empfunden, sondern eher als „Lehrstück“, wie man es nicht machen sollte. Dass

Karl Lamers später außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde, und er auch nach Ende seiner Mandate im Bundestag ein geschätzter und gefragter Gesprächspartner der Medien ist, mag eine (zu) späte Genugtuung und auch Anerkennung seiner außenpolitischen Arbeit in der KAB sein.

*>> Die politischen Kontakte, besonders von Karl Lamers und mir, wurden von etlichen in der Union kritisch gesehen. <<*

*Michael Lingenthal*

Ein spezielles Kapitel der KAB sind die „Hilfstransporte“. Seit 1973 habe ich jährlich mehrmals Polen bereist und die Kontakte zu Kirche und Klubs gehalten. Ende der siebziger Jahre, also noch vor der Solidarnoczbewegung, war die schlechte Versorgungslage erkennbar.



Die deutschen Kredite und Leistungen kamen bei der Bevölkerung, Ausnahme die Nomenklatura, nicht wirklich an. Alten- und Behindertenheime und „Randgruppen“ kämpften, um „über die Runden zu kommen“. 1979 fuhr ich daher den ersten Hilfstransport, auf rein familiär-privater Basis organisiert, mit einem grauen LT 45 nach Polen. Speziell mit der Ausrufung des Kriegsrechtes im Winter 1981 und mit der Verfolgung der polnischen Demokraten, war es ein „Muss“, diese Hilfe zu erweitern. Aus der privaten Initiative gründete sich die „Initiative Hilfe für Polen e.V.“. Sie ist besonders mit den Namen Sabine von Klösterlein und Bettina und Rainer Deppe verbunden. Doch bevor alles in Vereinsstrukturen gesichert und gefestigt wurde, gab es die große Hilfsaktion der „KABler“ selbst. Hörsaal und Aufenthaltsraum der KAB verwandelten sich binnen Tagen in Materiallager und Sortierstationen. Die Appels und die Frings (Josefine, Theo und Dorothee) standen an der zur

Sortierfläche umgewidmeten Tischtennisplatte und sortierten Medikamente. „Die guten ins Töpfchen“ das war wichtig, weil ein Teil der um Sachspenden angefragten Ärzte und Apotheker die Medikamentenhilfe für Polen mit „Medikamentenentsorgung“ verwechselten. Aber weitaus überwogen die guten und nutzbaren Sachspenden, die in Kartons verpackt in den Koffer-LKW Platz fanden, die nun oft vor der KAB beladen wurden. Alle halfen mit, auch die „Küchenbrigade“ unter der Leitung von Fräulein Sesterhenn. Anstecken ließen sich Teilnehmende und Referenten, zum Beispiel durch Geldsammlungen am Ende von Tagungen. Etliche von ihnen fuhren dann selber Hilfstransporte. Die Bedingungen waren klar: Wer mitfahren wollte, musste einen vollgetankten LKW organisieren oder mindestens 1.000 DM zusammenbringen. In dieser Aktion beteiligte sich insbesondere der RCDS, motiviert und organisiert von seinem damaligen Bundesgeschäftsführer Norbert Kühne. Die

KAB selbst stellte nicht nur Räume zur Verfügung. Sie erlaubte auch die Nutzung der kompletten Bürozeiten und -infrastruktur für die Organisation dieser Transporte. Dies bedeutete in der Praxis, dass zum Beispiel Sabine von Klösterlein in der Dienstzeit zum polnischen Generalkonsulat nach Köln fahren musste, um Visa zu beschaffen, Transportlisten abstempeln zu lassen und „Stempel, Stempel, Stempel...“ zu erhalten.

*>> Die deutsch-polnischen Beziehungen hatten ihren attraktiven und besonderen Platz. <<*

*Michael Lingenthal*

In dieser Zeit wuchs die Gemeinschaft zum Kloster Maria Laach. Dort hatte in seiner Weihnachtspredigt 1981 Abt Adalbert das Kloster

*Michael Lingenthal  
mit Gerhard Schröder*

aufgerufen, praktische Hilfe zu leisten. Über Bruder Lukas Ruegenberg entwickelten sich die Kontakte zur Sozialinitiative „Kellerladen e.V.“ in Köln. So bewies sich wieder einmal die Stärke der KAB, die Netzwerkarbeit. Abt Adalbert übersetzte die Transportlisten, weil er als Oberschlesier auch polnisch sprach. An manchen Tagen konnte man die „Mitarbeiterbesprechung“ (MAB) der KAB eher in Maria Laach oder in Köln abhalten, als in der KAB selbst.

Die so erworbene Praxis und Kompetenz führte dazu, dass die KAB Ort des alljährlichen Erfahrungsaustausches und der Planung von weiteren Hilfsorganisationen wurde. Das Haus war komplett mit „Polenfahrern“ ausgebucht, wenn sich Johanniter und Malteser trafen. Natürlich blieben diese Programme nicht ohne Auswirkungen auf das Programmangebot der KAB. Die deutsch-polnischen Beziehungen hatten ihren attraktiven und besonderen Platz. Hubert Wohlan war einer der



aus Polen Emigrierten, der unermüdlich den unverfälschten und kompletten geschichtlichen und politischen Bezug herstellte. Aus den Verbindungen unserer Gruppe zu Polen erwuchsen neue Partnerschaften mit interessanten Multiplikatoren bzw. Institutionen. Einmal stellte die KAB ihre Kenntnisse in den Dienst der Programmvorbereitungen für Polenreisen der Journalistenakademie der KAS. Andererseits begann eine Kooperation mit Prof. Werner Weidenfeld in Mainz. Die Vorbe-

reitungsreise mit ihm zum ersten Programm seines Lehrstuhles in Polen zeichnete sich besonders durch Nachtfahrten aus, um den Tag für Kontakte und Gespräche zu nutzen. Im Schein der Taschenlampe erfolgten dann die Gesprächsnotizen. Unvergessen die Antwort einer jungen Solidaritätsfrau in Danzig auf die Frage, ob ihre Arbeit in der beginnenden Repression nicht gefährlich sei. Eine „typisch deutsche Frage“ sei dies, beschied sie Werner Weidenfeld. Deutsche und Russen hät-



ten dem größten Teil der Generation der Väter und Großväter „das Rückgrat gebrochen“. Die junge polnische Generation sei anders, auch wenn es mit Sicherheit persönliche Konsequenzen geben würde, die Zukunft liege in einem freien Polen in den Grenzen von 1945 und in der Integration in Europa – ein paar Wochen später war sie im „Kriegswinter“ inhaftiert und von der Danziger Uni relegiert.

Selbst bei diesen Hilfstransporten gab es die Beziehungen zu Gehörlosen. Pfarrer Czerny aus Zabrze war mir genannt worden, weil er für seine Gehörlosengemeinde dringend Unterstützung brauchte. Warum gerade die Gruppe der Gehörlosen? 1978 stand Rudi Bauschen, Unionsmitglied und Lehrer an der Gehörlosenschule in Köln, plötzlich unangemeldet vor meinem Schreibtisch und war zornig, dass die Union groß von Werten rede-

te, sie aber zu wenig umsetzte. „Wer tut etwas für die Gehörlosen? Auch sie haben Anspruch auf politische Bildung!“. Das stand dann so im Raum. Es war die Zeit der Entwicklung des Grundsatzprogramms der Union. „Stimme der zu sein, die keine Stimme in der Politik haben“, war eine der Maximen. Also begann die KAB

*>> Also begann die KAB eine systematische Arbeit mit Behinderten, insbesondere mit Gehörlosen. <<*

Michael Lingenthal

eine systematische Arbeit mit Behinderten, insbesondere mit Gehörlosen, die nach meinem Wechsel zur KAS Mitte 1988 dann von Heide Höppner fortgeführt wurde. „Politische Bildung von und mit Gehörlosen“ war das Motto. Mit diesem Titel drückten wir aus, dass keine „Berieselung“ für Gehörlose, sondern

ihre Befähigung zur Selbstorganisation Ziel der Zusammenarbeit war. Ich denke, dies war weitgehend erfolgreich. Eine gute Anzahl von in der Gehörlosenbewegung an unterschiedlichen Orten verantwortlich tätigen Menschen kommt aus diesem Kreis, diesem Netzwerk der KAB. Hermann Dreese aus Essen, das Ehepaar

Fries aus Hildesheim, die Gehörlosenlehrer Jürgens aus Niedersachsen und Wloka aus Berlin und natürlich der oben genannte Rudi Bauschen waren die Motoren dieser einzigartigen Kooperation. Der Erfolg der Arbeit lässt sich

an zwei Anlässen deutlich machen. Der KAB gelang es, dass die CDU als erste Partei die Gruppe der Gehörlosen zu einem Parteitag einlud und dass Dolmetscher und Gehörlose für alle sichtbar ihren Platz im Zentrum des Saales hatten, also nicht in hinteren Reihen versteckt wurden. Mit dem Bundesrat und von

ihm finanziert wurde ein Video in Gebärdensprache zu den politischen Institutionen der Bundesrepublik gedreht. Der Bundesrat war zudem die Institution des politischen Bonn, die die Gehörlosenarbeit der KAB am kräftigsten förderte. Mit der Bundesministerin Dorothea Wilms gelang es, die Mittel für eine Produktion zur Realität der innerdeutschen Grenze zur Verfügung zu bekommen. Wiederum ein Lehrvideo in Gebärdensprache, mit der Untertitelwerkstatt Münster produziert. Diese Produktion war – Gott sei Dank – kurz nach ihrer Fertigstellung im Herbst 1988 überholt. Die innerdeutsche Grenze war gefallen. Die Kopien des Videos staubten wahrscheinlich in Archiven vor sich hin oder sind entsorgt. Dennoch hatte auch diese Produktion ihre Bedeutung für die Gehörlosen. Nicht nur wegen der Sachinformationen in ihrer Sprache, sondern vielmehr wegen der gesellschaftlichen und politischen Aufmerksamkeit, die den Gehörlosen durch die Bundesministerin zu Teil wurde.

Frau Dr. Wilms hatte dabei nicht zum ersten Mal das notwenige Gespür und hohe Sensibilität für neue Themen und Entwicklungen, hier die Integration der Behinderten, gezeigt. Die KAB hatte mit ihr den ersten Frauenkongress im Unionsbereich organisiert, bei dem die Themen der Frauen ausschließlich im Mittelpunkt der Konferenz standen. Auch dies ist ein Stück „Pionierarbeit“ der KAB. Sie merken schon, der Blick „verklärt“ sich immer mehr. Denn nicht alles war so gelungen und die täglichen organisatorischen und finanziellen Notwendigkeiten prägten den Alltag mehr, als diese „Leuchttürme“ der politischen Bildungsarbeit im vorpolitischen Raum. Aber sie gehören auch zur Geschichte der „Karl-Arnold-Bildungsstätte“, die ihre Stärken in der Netzwerkarbeit hatte. Dieses „von und mit“ war dabei das durchgehende Element, um tatsächlich einen Beitrag zur Stärkung der „Bürgergesellschaft“ zu leisten und dazu, dass Menschen überhaupt Verant-

*>> Die KAB hat den ersten Frauenkongress im Unionsbereich organisiert. <<*

*Michael Lingenthal*

wortung in subsidiären Strukturen übernehmen konnten und damit einen wichtigen Teil der christdemokratischen Grundüberzeugungen mit Leben erfüllten.

Einige Namen habe ich genannt. Sie stehen stellvertretend für alle diejenigen, die in und mit der KAB politische Bildungsarbeit gestalteten, nicht verwalteten. Aber auch die „Nichtgenannten“ sind vor dem inneren Auge präsent und allen, den „KABlern“ und dem Multiplikatoren- und Partnerkreis gebührt großer Dank, der hiermit noch einmal ausdrücklich und aus vollem Herzen erklärt wird.

# Politische Prominenz in der Karl-Arnold-Stiftung





# Karl-Arnold-Stiftung: 50 Jahre politische Bildung im Wandel der Zeiten



von Jürgen Clausius,  
Leiter der  
Karl-Arnold-Stiftung  
(2000 - heute)

Als die Karl-Arnold-Stiftung im Jahre 1959 gegründet wurde, bestand das Land Nordrhein-Westfalen 12 Jahre und die Bundesrepublik Deutschland feierte ihren 10. Geburtstag. In frischer Erinnerung waren die NS-Diktatur und das Leid und Elend, das dieses Terrorregime über Deutschland und die Welt gebracht hatte. Wie notwendig politische Bildung im Nachkriegsdeutschland war, zeigt eine Umfrage 10 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik. Sie ergab, dass nicht einmal die Hälfte der Westdeutschen die Bedeutung

des Grundgesetzes kannte und über 60 Prozent Hitler noch für eine „gute Idee“ hielten – eine „gute Idee“, die „nur“ eben „schlecht ausgeführt“ worden sei.

Schon im Jahre 1946 hatte der spätere Ministerpräsident des Landes NRW, Karl Arnold, erkannt, dass das Pflänzchen Demokratie im Nachkriegsdeutschland nur wachsen kann, wenn sie von „der politischen Gesinnung des einzelnen Staatsbürgers“ ausgeht und wächst. Es war seine feste Überzeugung, dass die Demokratie nur von unten aufgebaut werden kann, und dass jeder einzelne Mensch für die Demokratie gewonnen werden muss. Deshalb forderte Karl Arnold für alle Bevölkerungsschichten die Möglichkeit, sich an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen zu können. Er trat für das uneingeschränkte Recht auf Bildung ein und machte es sich zur Aufgabe, gerade die junge Generation für die Demokratie zu begeistern. Mit dem Landesjugendplan schuf er in Nordrhein-Westfalen

ein Instrument, das die politische Bildung junger Menschen förderte. In den Anfangsjahren war es das Hauptziel der politischen Bildung, die junge Demokratie zu festigen und die Aussöhnung mit den europäischen Nachbarn zu fördern. Diesen Zielen hat sich von Anfang an auch die Karl-Arnold-Stiftung verschrieben. In der Gründungssatzung vom 19. Oktober 1959 war als Zweck der Karl-Arnold-Bildungsstätte, wie die Karl-Arnold-Stiftung bis zum Jahr 1979 hieß, festgeschrieben:

*„Veranstaltungen aller Art durchzuführen, die geeignet sind, junge Menschen mit ihren Rechten und Pflichten in Gemeinschaft und Staat vertraut zu machen und sie in christlich-sozialer Verantwortung staatsbürgerlich und politisch zu bilden.“*

Mit Aufnahme des Bildungsbetriebes im eigenen Tagungshaus in Bonn-Bad Godesberg im Jahre 1962 bildeten Seminare zur Demo-

kratiebildung und zur Vermittlung von Demokratiekompetenzen einen Schwerpunkt der politischen Bildungsarbeit der Karl-Arnold-Stiftung.

Demokratie und politisches Handeln im geschützten Seminarraum lernen und einüben, politische Diskussionskultur entwickeln, für politische Überzeugungen eintreten und öffentlich vertreten sowie die Vorbereitung auf ein politisches Amt und Mandat gehörten von Anfang an ebenso zu den Bildungsangeboten der Karl-Arnold-Stiftung wie die Aufarbeitung aktueller politischer Themen.

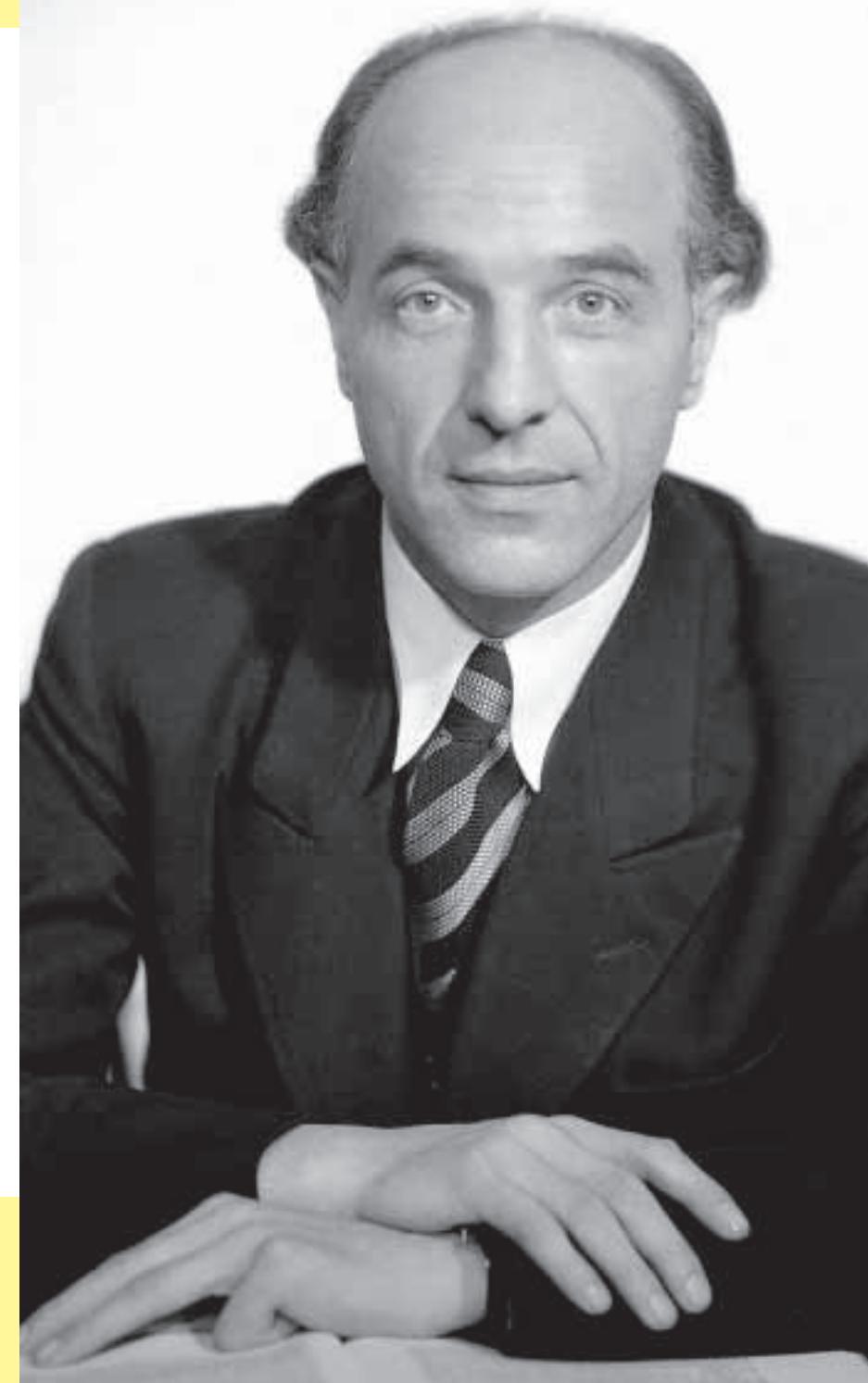
Hinzu kamen schon sehr früh internationale Seminare, in denen sich junge Menschen aus Deutschland mit Jugendlichen aus anderen europäischen Ländern trafen, um gemeinsame politische Themen zu diskutieren und voneinander zu lernen.

Menschen politische Orientierung geben, ist heute noch genauso wichtig wie zu den Zeiten von Karl Arnold. Die Karl-Arnold-Stiftung

will junge und erwachsene Bürgerinnen und Bürger für die Demokratie begeistern, sie mit ihren Rechten und Pflichten in Gesellschaft und Staat vertraut machen und sie umfassend über Themen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft informieren. Ziel ist es, damit einen entscheidenden Beitrag zur Schaffung eines aufgeklärten, stabilen politischen Klimas in Deutschland zu leisten und sich so an der Wahrung der christlich-abendländischen Werteordnung gemäß der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres Landes zu beteiligen.

Die Karl-Arnold-Stiftung hat sich immer den Wertvorstellungen und politischen Überzeugungen Karl Arnolds eng verbunden gefühlt. Das gilt auch heute noch. Ganz im Sinne Karl Arnolds spricht die Karl-Arnold-Stiftung mit ihrem Bildungsprogramm eine breite Öffentlichkeit an und will mit ihren niederschwelligen und methodisch differenzierten Seminarangeboten Bürgerinnen und Bürgern den

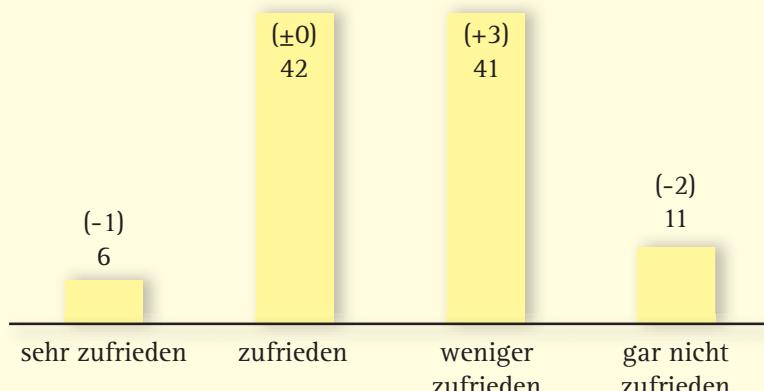
*Karl Arnold*



Zugang zu politischer Bildung erleichtern und die Möglichkeit zu umfassender Meinungsbildung geben. Für alle politischen Bildner ist es aber schwieriger geworden, die Menschen für politische Bildungsveranstaltungen zu gewinnen. Die Gründe dafür sind vielfältig: Das politische Interesse der Bürgerinnen und Bürgern ist seit der Wiedervereinigung im Jahre 1990 nach den Auswertungen des Datenreports 2008 deutlich zurückgegangen. Es

## ARD-DeutschlandTREND: Zufriedenheit mit Demokratie

Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik funktioniert alles in allem...



Angaben in Klammern:  
Vgl. zu November 2006  
Juni 2008, Umfrageergebnis von infratest dimap

Angaben in Prozent  
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte  
Bevölkerung in Deutschland

liegt heute bei knapp 30 Prozent. In der Altersgruppe 18-29 Jahre interessiert sich in den alten Bundesländern nur noch jeder fünfte für Politik. Das zunehmende politische Desinteresse drückt sich auch in sinkenden Wahlbeteiligungen und einem massiven Rückgang bei den Mitgliederzahlen der Parteien, Gewerkschaften und politischen Interessengruppen aus.

Nach einer Forsa-Umfrage vom Juni 2009 sind 54 Prozent der Deutschen mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland eher oder sehr unzufrieden. Dieses Ergebnis bestätigt die Ergebnisse der ARD-Deutschlandtrend-Umfrage vom Juni 2008.

Nach dieser Umfrage ist die Mehrheit der Deutschen (52 Prozent) mit der Demokratie unzufrieden. Wichtige Institutionen, die für das Funktionieren der Demokratie wichtig sind, wie die Bundesregierung, Gewerkschaften, Unternehmen und Parteien, verlieren nach dieser Umfrage permanent an Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. 2001 brachten

noch 34 Prozent der Bürgerinnen und Bürger den Parteien großes Vertrauen entgegen. Heute genießen die Parteien nur noch bei jedem Sechsten Vertrauen (17 Prozent).

Diese Zahlen sind Warnsignale für die Demokratie und ihre Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern. Im gemeinsamen Antrag der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD „Zur Lage der politischen Bildung in Deutschland“ (Drs. 16/9766) heißt es deshalb zu Recht:

*„Demokratie ist so stark, wie die Bürgerinnen und Bürger demokratisch sind. Eine Demokratie, die sich nicht um die Förderung der demokratischen Kenntnisse und Fähigkeiten kümmert, wird aufhören, Demokratie zu sein.“*

Demokratie ist nicht gottgegeben. Sie belebt sich nicht von alleine. Deshalb braucht Demokratie politische Bildung. Politische Bildung

### Auszug aus dem Antrag „Zur Lage der politischen Bildung in Deutschland“

ist kein Luxus, sondern sie gehört zur Demokratie wie die Luft zum Atmen. In Sonntagsreden, Parteitags- und Grundsatzbeschlüssen wird die Arbeit der politischen Bildung für den Erhalt der Demokratie immer wieder gewürdigt. Die wahre Wertschätzung der politischen Bildung zeigt sich aber erst in der Krise. Wer sonntags das hohe Lied der politischen Bildung singt und montags der politischen Bildung die finanziellen Daumenschrauben anlegt, der legt die Axt an den Stamm der Demokratie. Die Demokratie ist viel zu wertvoll, um sie auf dem „Sparaltar“ zu opfern. Keinem Menschen wird das demokratische Bewusstsein in die Wiege gelegt. Jeder Mensch muss demokratisches Verhalten erlernen. Und dieser Lernprozess ist lebenslang und nie ganz abgeschlossen. Politische Bildung unterstützt die Menschen bei diesem Lernprozess. Sie muss deshalb auch auf Dauerhaftigkeit angelegt sein und kontinuierlich wirken.

Im Sinne des christlichen Menschenbildes ist

der Mensch ein eigenständiges Wesen, das eine Persönlichkeit, Verstand, Erkenntnis und damit die Fähigkeit zur Entscheidung besitzt. Als eigenständiges Wesen ist der Mensch zur Freiheit berufen. Weil der Mensch selbstständig handeln kann, kann er diese Freiheit auch missbrauchen. Im Bewusstsein seiner Unvollkommenheit ist der Mensch zur ständigen Reflexion seines Verhaltens gefordert. Die Möglichkeit des Fehlens im Handeln erfordert immer wieder Neubesinnung auf das Ziel und notwendige Umkehr. Politische Bildung kann und muss den Menschen dabei helfen, ihr politisches Handeln zu überdenken, Irrtümer zu erkennen und die politische Identitätsfindung zu fördern.

Politische Bildung in Deutschland ist immer Bildung im Zeichen des Grundgesetzes und vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte. Bewahrt werden kann unsere freiheitliche Ordnung auf Dauer nur dann, wenn die Bürgerinnen und Bürger es als eigene Aufgabe er-

### Antrag

der Abgeordneten Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen), Kristine Köhler (Wiesbaden), Günter Baumann, Clemens Birsinger, Heinz Brandt, Gitta Conzenmann, Ingrid Fischbach, Ralf Göbel, Reinhard Görres, Hans-Werner Klemm, Alisa Karl, Hartmut Koschyk, Stephan Mayer (Altötting), Beatrix Philipp, Klaus Rieger, Dr. Norbert Röttgen, Dr. Hans-Peter Uhl, Ingo Wettmarsch, Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Gabriele Foggascher, Dieter Grässle, Dr. Hans-Peter Bartels, Klaus-Uwe Benneter, Dr. Michael Bünz, Sebastian Edathy, Siegmar Ehrmann, Wolfgang Gunkel, Michael Hartmann (Mackenrode), Frank Hofmann (Volkach), Ute Künigt, Lothar Mark, Thomas Oppermann, Muik Reichel, Gerald Reichenbach, Michael Roth (Herrlingen), Rüdiger Velt, Dr. Dieter Wiedenpütz, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD

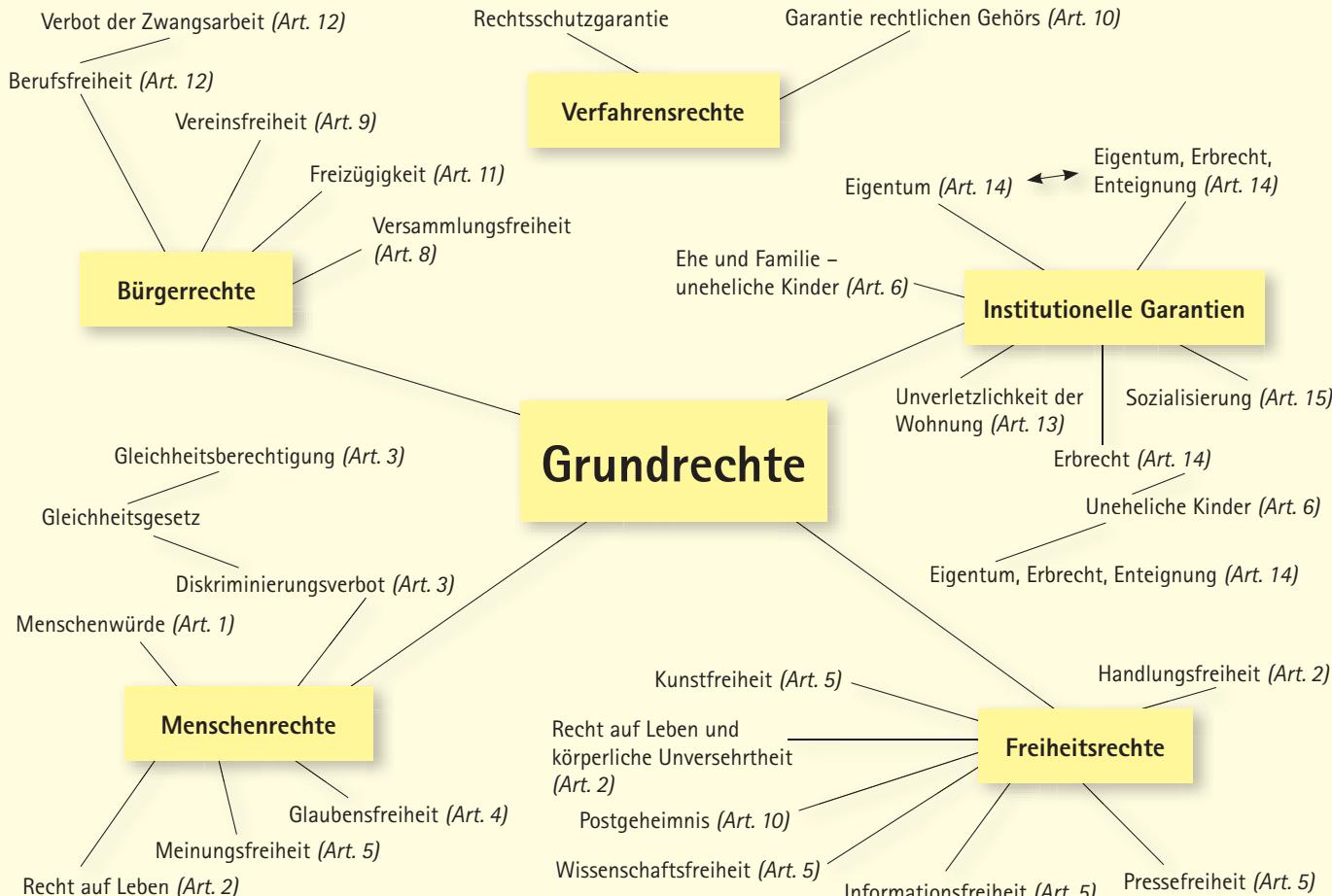
### Zur Lage der politischen Bildung in Deutschland

#### Der Hintergrund seiner Inisiativfrage

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:  
Demokratie ist so stark, wie die Bürgerinnen und Bürger demokratisch sind. Eine Demokratie, die nicht an die Forderungen der demokratischen Konsens- und Föderationsidee knüpft, wird aufbrechen. Demokratie ist eine „Weiße Radierung“ des demokratischen Konsenses, das Auswirkungen der politischen Bildung in einem Land zu unterschätzen und zu unterschreiten. Politische Bildung hat nach dem 2. Weltkrieg und der Wiedervereinigung Deutschland einer erheblichen Bedeutung beigebracht, der die Fortsetzung der Demokratie in der Hinsicht entscheidend geholfen hat, in der Deutschland die Baudenkmäler der DDR abgetragen und die Philosophie ihrer Bildungsprämissen in unserer Bildung weiter verfolgt. Die deutsche politische Bildung ist im internationalen Vergleich einzigartig und besonders. Ihre Methoden- und Ergebnisse haben auch heute wichtige Bedeutung, um die aktuelle Veränderungsprozesse zu erkennen, zu aktiver politischer Tatkraft zu ermutigen und damit zur Gestaltung des Gemeinsamen beizutragen.

kennen und es auf sich nehmen, diese Ordnung zu erhalten. Ein wesentliches Ziel politischer Bildung muss es deshalb sein, Fundamente zu legen und darüber aufzuklären, was Politik ist, in welchen Bahnen sie sich in unserer freiheitlichen Ordnung vollzieht und welchen Spielregeln sie unterliegt. Im Vergleich zu den Anfangsjahren der Bundesrepublik erscheinen die Themen politischer Bildungsarbeit heute in mancher Hinsicht komplexer. Viele Fragen sind nicht mehr im

# Die Grundrechte: Grundlagen unserer Demokratie



nationalen, oft selbst im europäischen Rahmen allein nicht mehr zu lösen. Die Globalisierung mit ihren wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Folgen weckt bei vielen die Sorge, einem undurchschaubaren Geflecht von wirtschaftlichen und politischen Machtstrukturen ausgeliefert zu sein, die sie selbst nicht beeinflussen können. Politische Bildungsarbeit muss dem entgegenwirken und die Menschen ermutigen, sich um das zu kümmern, was sie angeht.

Viele Bürgerinnen und Bürger sind durchaus bereit, sich für konkrete und zeitlich begrenzte politische Projekte in ihrem Umfeld zu engagieren. Darauf muss sich politische Bildung einstellen. Sie muss ihre Adressaten da ansprechen, wo diese sich mit ihren Fragen und Bedürfnissen tatsächlich hinwenden. Gleichzeitig muss sich politische Bildung aber davor hüten, nur noch Partikularinteressen oder politische Modethemen zu bedienen und das Große und Ganze aus dem Auge zu verlieren.

Politische Bildung ist kein politischer Ad-hoc-Reparaturbetrieb. Jahrelange politische und gesellschaftliche Fehlentwicklungen können nicht von jetzt auf gleich durch die politische Bildung korrigiert werden. Nur steter Tropfen höhlt den Stein. Langfristig gewachsene politische Überzeugungen und Vorurteile sind nicht durch ein Seminar oder einen VHS-Kurs kurzfristig zu revidieren. Es kann Jahre dauern, einen rechts- oder linksextrem eingestellten Jugendlichen durch politische Bildung von den Vorzügen des demokratischen Rechtsstaats zu überzeugen. Bei manchen gelingt es nie.

Bisweilen hat man das Gefühl, dass politische Bildung immer nur dann in den Fokus der politisch Verantwortlichen rückt, wenn ein politisches Ereignis passiert, das die Menschen in unserem Land aufwühlt und zu politischen Gegenreaktionen herausfordert, wie extremistische Gewalttaten oder der Einzug extremistischer Parteien in ein Parlament. Dann wird schnell nach der politischen Bildung

als Korrekturinstrument gerufen. Finanzielle Sondermittel werden kurzfristig bereitgestellt und mit der Gießkanne über das Land verteilt. Meistens verpufft dieser Aktionismus aber genauso schnell wie Wasser auf einem heißen Stein.

Wer glaubt, die Schnelllebigkeit politischer Themen eins zu eins auf die politische Bildung übertragen zu können, der irrt. Heute Wirtschaftskrise, morgen Klimawandel, übermorgen „Weiß nicht was“: Die Zahl der politischen Themen, mit denen sich die politische Bildung schwerpunktmäßig beschäftigen soll und es auch gezwungenerweise tut, nimmt inflationär zu. So schnell wie die Mode auf den Modewochen in Mailand und Paris wechselt, so schnell wechseln die von öffentlicher Hand geförderten Projekte und Inhalte politischer Bildung. Dabei weiß jeder, politische Bildungsprozesse sind langfristige Prozesse. Sie brauchen Zeit und stete Wiederholung bis sie in einer breiten Öffentlichkeit politische

Wirkung hinterlassen. Sowie ein schöner Garten permanenter Pflege bedarf, so bedarf auch die Demokratie einer nachhaltigen und dauerhaften Pflege. In der Tagespolitik kommt diese Pflege oft zu kurz. Deshalb müssen die Träger der politischen Bildung diese Dauerpflege übernehmen.

*>> Politische Bildung und Demokratie sind  
zwei Seiten einer Medaille. <<*

*Jürgen Clausius*

Politische Bildung und Demokratie sind zwei Seiten einer Medaille, weil Demokratiekompetenzen von Bürgerinnen und Bürgern in der modernen und komplexen Gesellschaft nicht einfach von selbst durch Prozesse ungeliebten Lernens entstehen. Demokratiekompetenzen entstehen nur unter Anleitung und kön-

nen sich nur im Rahmen institutionalisierter Bildung nachhaltig entwickeln. Hintergründe besser durchschauen, Kritikfähigkeit entwickeln, weniger zu Vorurteilen neigen und ein positives Selbstbild der eigenen politischen Fähigkeiten besitzen, hängt wesentlich von kognitiven Fähigkeiten ab, von politischem Wissen und eigener Urteilsfähigkeit. Politische Bildung bleibt ohne politisches Deutungswissen und Urteilsfähigkeit blind. Der Bestand der Demokratie ist eng verbunden mit der Einsicht der Bürgerinnen und Bürger in den

Sinn der Institutionen der Demokratie sowie der Fähigkeit, das Handeln der politischen Akteure kritisch zu beurteilen. Die Aufgabe der Wissensvermittlung in der politischen Bildung besteht wiederum darin, dem Einzelnen ein sachgemäßes Urteilen als Bürger zu ermöglichen. Die Förderung dieses Denkens und Urteilens ist daher die besondere Aufgabe der politischen Bildung. Sie muss auch die Fähigkeiten fördern, die der mündige Bürger für die politische Teilhabe braucht, wie etwa:

- das Vermögen, einen Streit sachlich zu bewerten und sich selber ein Urteil zu bilden;
- das Geschick, die Fülle der Medien effizient und mit dem nötigen kritischen Blick zu nutzen;
- die Fähigkeit, eigene Interessen zu definieren, sie angemessen zu begründen und dafür Zustimmung zu organisieren.

Als vor 50 Jahren die Karl-Arnold-Stiftung ihre politische Bildungsarbeit aufnahm, waren das politische System und die politischen Institutionen für die Bürgerinnen und Bürger noch greifbarer und einfacher zu verstehen. Im Bundestag waren mit CDU/CSU, SPD und FDP nur drei Fraktionen vertreten. Es gab elf Bundesländer. Bezahlt wurde mit der D-Mark. Deutschland war geteilt. Die EU hieß noch EWG und bestand aus sechs Mitgliedstaaten. Die Menschen konnten mit dem „Ersten Deutschen Fernsehen“ nur einen Fernsehkanal und mit der „Tagesschau“ nur eine Nachrichtensendung sehen. Am Stammtisch und in der



*Eine Studiengruppe der Karl-Arnold-Stiftung während einer Führung durch die Gedenkstätte Hohenschönhausen*



### *Vortrag im Bundesinnenministerium zu aktuellen innenpolitischen Gesetzesvorhaben*

Familie ließ sich Politik nachvollziehen, man konnte auch ohne Experte zu sein über politische Entscheidungen fachlich und kontrovers diskutieren. Man konnte im besten Sinne politisch mitreden. In den politischen Bildungsseminaren und in der Parteiveranstaltung seiner Ortsgruppe erfuhr man noch exklusiv und aus erster Hand vom Abgeordneten, was politisch im Bundes- oder Landtag diskutiert wird und welche politischen Maßnahmen künftig geplant sind. Politik und politische Entscheidungen wurden noch erklärt.

Im Zuge der Einheit, der Europäisierung, der Globalisierung, der Schnelllebigkeit politischer Themen und der täglichen Informationsflut, die aus über 100 frei empfangbaren Fernsehkanälen und aus den unendlichen Weiten

des Internets auf die Bürgerinnen und Bürger einstürmt, sind auch die politische Welt, ihre Zusammenhänge und Institutionen schwerer für die Menschen zu begreifen und zu durchschauen als vor 50 Jahren. Tatsächlich können selbst Fachleute in unserem kooperativen, europäisch integrierten und international ausgerichteten Bundesstaat oft nur noch mit Mühe sagen, welche staatlichen Ebenen und welche internationalen Organisationen eigentlich für was zuständig sind. Die längstens 30-Sekunden-Statements von Politikern, die von Fernsehsendern zwischen Waschmittel- und Autowerbung in ihren Nachrichtensendungen ausgestrahlt werden, haben kaum noch politischen Informationswert, sondern tragen eher zur Verwirrung und zur politi-

schen Desinformation der Bürgerinnen und Bürger bei. Die Komplexität politischen Handelns und politischer Entscheidungen und das zunehmende politische Expertentum schließen immer größere Bevölkerungsgruppen von der politischen Mitsprache aus und schaffen eine immer größer werdende Distanz zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern.

Durch politische Bildung muss diese Distanz wieder verkleinert werden. Im Antrag von CDU/CSU und SPD „Zur Lage der politischen Bildung in Deutschland“ heißt es dazu:

*„Ziel der politischen Bildung muss sein, die aktive Wahrnehmung der bürgerlichen Rechte in unserem demokratischen Rechtsstaat zu fördern. Die Information über Entscheidungs- und Verantwortungsstrukturen auf den verschiedenen Ebenen, auf denen demokratische Willensbildung stattfindet, sowie über Mitwirkungs- und Teilhabechancen, die jedem Bürger mit*

*>> Seit Jahren verschlechtern sich aber die Rahmenbedingungen für die politische Bildung. <<*

*Jürgen Clausius*

*gleicher Stimme zustehen, ist die Voraussetzung dafür, dass die Akzeptanz der Demokratie steigt, das zunehmende Gefühl eigener Machtlosigkeit überwunden und eine höhere Beteiligung an Wahlen und politischer Willensbildung möglich wird.“*

Damit die freien Träger der politischen Weiterbildung die von der Politik übertragenen Aufgaben bewältigen können, sind sie neben einer auskömmlichen und stetigen finanziellen Grundförderung mit Rahmenbedingungen auszustatten, die den Trägern neue Formen der politischen Bildung und Zielgruppenansprache ermöglichen. Seit Jahren

verschlechtern sich aber die Rahmenbedingungen für die politische Bildung. Auch die Karl-Arnold-Stiftung ist davon betroffen. Als Veränderungen sind in erster Linie zu nennen:

- Das Lern- und Freizeitverhalten der Bevölkerung hat sich verändert. Politische Bildungsmaßnahmen stehen im Wettbewerb mit anderen attraktiven Angeboten.
  - Das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an traditionellen Formen der politischen Beteiligung nimmt ab.
  - Das Interesse und die Motivation, sich mit politischen Themen intensiv auseinanderzusetzen, sind stark zurückgegangen.
  - Potentielle Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind angesichts der wirtschaftlichen Probleme nicht mehr so leicht bereit, Zeit und Geld für die eigene politische Weiterbildung zu investieren.
  - Durch politische Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene hat eine Verschie-
- bung zugunsten von kurzfristigen auf Unterrichtsstunden basierenden und die Arbeitsfähigkeit fördernden Bildungsprojekte zulasten von mehrtägigen politischen Lehrveranstaltungen stattgefunden.
- Die mehrfachen Kürzungen der öffentlichen Mittel für die politische Bildung haben zum Teil zur massiven Erhöhungen der Tagungsbeiträge und damit wirtschaftlich bedingt zum Ausschluss ganzer Bevölkerungsgruppen von den Angeboten der politischen Bildung geführt.
  - Stärkere inhaltliche, methodische und verwaltungstechnische Reglementierungen der Fördermittelgeber sowie eine politisch gewünschte Fokussierung der politischen Bildung auf bestimmte Zielgruppen (Migranten und bildungsferne Schichten) führen zu mehr Verwaltungsaufwand und zu weniger Zeit und Ressourcen für die politische Bildungsarbeit mit „Otto-Normalbürger“.



*Im Reichstag informieren sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Karl-Arnold-Stiftung über die politische Arbeit im Bundestag*



*Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Tagung im Jahre 2001*



*Blick in eine POL&IS-Seminar*

Die Karl-Arnold-Stiftung sowie die Mehrheit der anderen politischen Weiterbildungseinrichtungen stellen sich diesen grundlegenden und permanenten Veränderungen. Die politische Bildung ist moderner und innovationsfähiger als viele politisch Verantwortliche glauben.

Das Werben um alte und neue Zielgruppen, die stete Fortentwicklung bewährter Seminarangebote, die Erarbeitung neuer Bildungsformate, das Aufgreifen aktueller politischer Themen sowie die Evaluation und Qualitäts-

kontrolle der politischen Bildungsangebote gehören seit 50 Jahren zum Bildungskonzept der Karl-Arnold-Stiftung. Ohne das Gespür, Veränderungen von gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen frühzeitig zu erkennen, und ohne die Flexibilität, darauf kurzfristig zu reagieren und einzugehen, würde die Karl-Arnold-Stiftung in diesem Jahr nicht ihren 50. Geburtstag feiern.

Durch den unmittelbaren und täglichen Kontakt mit den Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmern spüren politische Bildner oft

viel früher als Bildungsplaner in Behörden und Ministerien gesellschaftliche und politische Veränderungen in der Bevölkerung auf. Sie können deshalb schneller reagieren und sich auf neue Inhalte und Wünsche der Teilnehmenden einstellen. Ohne Teilnehmerinnen und Teilnehmer wäre die politische Bildung nichts. Sie sind die Adressaten der politischen Bildungsarbeit. Sie finanzieren mit ihren Tagungsbeiträgen heute in der Regel den Hauptanteil der Seminarkosten. Ihre Wünsche an Seminarinhalt, -aufbau und -methodik sind



*>> Seit ihrer Gründung vor 50 Jahren hat die Karl Arnold Stiftung immer auf einen hohen Qualitätsanspruch in ihrer Bildungsarbeit geachtet. <<*

*Jürgen Clausius*

mindestens genauso wichtig wie Förderrichtlinien öffentlicher Zuwendungsgeber.

Um mehr Bürgerinnen und Bürger zu bewegen, die Angebote der politischen Bildung wahrzunehmen, müssen diese so angelegt sein, dass sie für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen konkret verwertbaren Mehrwert besitzen. Dieser kann zum Beispiel darin liegen, dass das Erlernte sich einerseits direkt für das politische und gesellschaftliche Engagement oder den Beruf verwerten lässt, oder anderseits sich mit der Seminarteilnahme ein

persönlicher Vorteil verbindet oder gesellschaftliche Anerkennung daraus erwächst. Seit ihrer Gründung vor 50 Jahren hat die Karl Arnold Stiftung immer auf einen hohen Qualitätsanspruch in ihrer Bildungsarbeit geachtet. Qualitativ gute Bildungsangebote und die Einführung und konsequente Verfolgung des Qualitätsgedankens in allen Bereichen unserer täglichen Arbeit waren und sind feste Bestandteile unserer Bildungsarbeit.

Die Karl-Arnold-Stiftung hat ihre Entscheidung für die Zertifizierung nicht aufgrund politischen Drucks getroffen, sondern aus der Überzeugung heraus, dass es zu einer qualitativ hochwertigen Bildungsarbeit gehört, ständig die Qualität seiner eigenen Arbeit zu hinterfragen, einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess in Gang zu setzen, und die Ergebnisse dieses kontinuierlichen Verbesserungsprozesses regelmäßig von externen Dritten überprüfen zu lassen. Für die Karl-Arnold-Stiftung war und ist die Zertifizierung

*Informationsbesuch im Haus der Sorben  
in Bautzen während eines europapolitischen Seminars im Dreiländereck –  
Deutschland, Polen und Tschechien*

ein guter und richtiger Weg. Wir gehen diesen eingeschlagenen Weg konsequent weiter und sind stolz darauf, dass wir im Jahr unseres 50. Geburtstages das Zertifikat des Gütesiegelverbundes Weiterbildung zum zweiten Mal verliehen bekommen haben.

QM-Systeme und Zertifizierungen kosten Geld, Zeit und Arbeit. Geld, Zeit und Arbeit wären noch besser investiert, wenn sich alle staatlichen, halbstaatlichen und privaten Fördermittelgeber darauf verständigen könnten, dass die Zertifizierung durch eine anerkannte Zertifizierungsstelle als Qualitätsnachweis für die Arbeit der politischen Weiterbildungseinrichtung ausreicht.

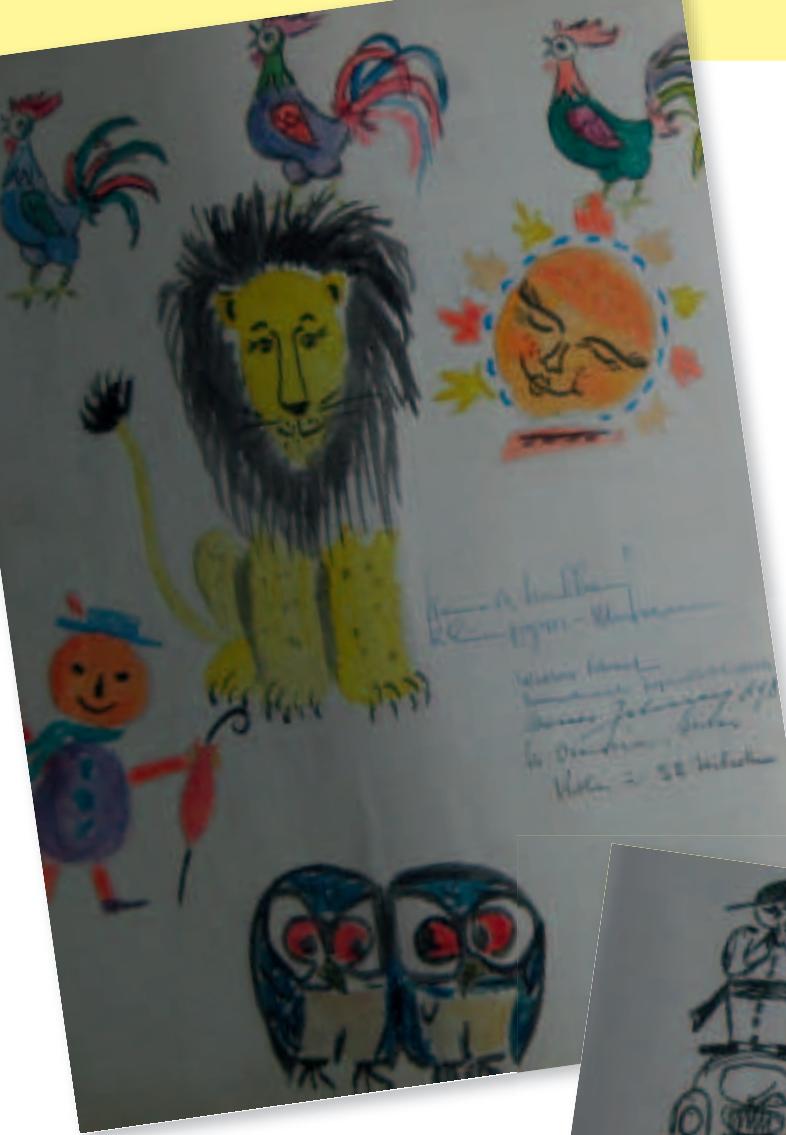
Hinter uns liegen 50 politisch spannende Jahre, in denen sich ein politischer und gesellschaftlicher Wandel enormen Ausmaßes vollzogen hat. Europa lebt heute in Frieden und Freiheit. Deutschland ist wiedervereinigt. Die Welt ist durch die neuen Medien und die Globalisierung enger zusammengerückt. Diesen Zeiten-

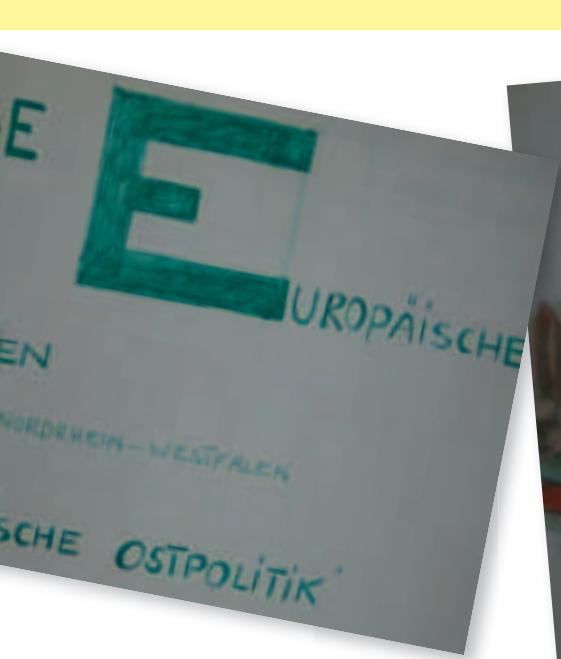


wandel hat die Karl-Arnold-Stiftung mit ihren politischen Bildungsangeboten 50 Jahre erfolgreich begleitet. Seit ihrer Gründung haben an den über 8.000 Bildungsveranstaltungen der Karl-Arnold-Stiftung mehr als 200.000 Jugendliche und Erwachsene teilgenommen. Die Karl-Arnold-Stiftung hat mit ihrer Bildungsarbeit ein Stück dazu beigetragen, die Demokratie in Deutschland zu festigen, die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land mit ihren Rechten und Pflichten in Gesellschaft und Staat vertraut zu machen und sie umfas-

send über Themen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu informieren. Die 50-jährige Geschichte der Karl-Arnold-Stiftung ist für den Vorstand und für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Anspruch, Maßstab und Ansporn, die Stiftung in eine weiterhin positive Zukunft zu führen. Im Wandel der Zeit bleibt auch in Zukunft die Karl-Arnold-Stiftung mit ihren politischen Weiterbildungsangeboten eine feste Konstante.

50 Jahre





## Gästebucheintragungen



# Karl-Arnold-Stiftung: Unser Weg zur zertifizierten Einrichtung



von Oliver Krauß,  
Qualitätsbeauftragter  
und hauptamtlicher  
pädagogischer  
Mitarbeiter

In diesem Jahr dürfen wir stolz auf 50 Jahre erfolgreiche Arbeit in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zurückblicken. 1959 wurde unsere Stiftung mit dem Auftrag und dem festen Willen gegründet, die damals noch junge Demokratie gegen antidemokratische Kräfte und Bestrebungen zu verteidigen. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Karl-Arnold-Stiftung beständig neuen politischen Themen und gesellschaftlichen Herausforderungen gestellt. Die Zeiten, in denen Angebote zur politischen Bildung auf Scharen

fortbildungsbereiter Menschen stießen und gleichzeitig genügend finanzielle Ressourcen vorhanden und abrufbar waren, gehören der Vergangenheit an. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen führten vor allem in den letzten Jahren zu stark sinkenden finanziellen Zuwendungen. Gleichzeitig sehen sich weiterbildungswillige Teilnehmer in ihrem täglichen Erwerbsleben einem immer stärkeren Konkurrenzdruck ausgesetzt und die Erwartungen der Arbeitgeber an gut ausgebildetes Fachpersonal steigen. Der Fokus verschiebt sich zunehmend auf die betriebliche oder berufliche Weiterbildung, die Wichtigkeit der politischen Bildung hat damit aber zu keinem Zeitpunkt abgenommen.

Angesichts der wirtschaftlichen Zwänge sind die politischen Bildner heute aufgefordert, sich vermehrt Gedanken über die Qualität ihrer Bildungsangebote und ihrer täglichen Arbeit zu machen und diese zu optimieren. Der Bereich der politischen Bildung ist heute stärker als

früher reguliert und durch zahlreiche Richtlinien der Fördermittelgeber reglementiert. Auf dem Bildungsmarkt muss sich die politische Bildung gegenüber der momentan favorisierten und darum sehr viel stärker geförderten beruflichen Bildung behaupten und ihre Angebote gegenüber stark beworbenen Freizeitangeboten zahlreicher privater Billiganbieter geschickt platzieren. Daher werden Einrichtungen der politischen Bildung zukünftig darauf angewiesen sein, den Teilnehmenden ihrer Veranstaltungen für ihren Tagungsbeitrag die bestmögliche Qualität zu bieten.

„Qualität“ wird also zu einem wichtigen Thema und gleichzeitig zu einer großen Herausforderung an die Bildungseinrichtung und an ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Denn es geht nicht weniger als um die Sicherung der Qualität der Bildungsangebote und die Einführung und konsequente Verfolgung des Qualitätsgedankens in allen Bereichen der täglichen Arbeit.

Die Karl-Arnold-Stiftung hat in ihrer Bildungsarbeit immer auf einen hohen Qualitätsanspruch geachtet. Für uns ist das Thema nicht neu und wir haben es bereits sehr frühzeitig aufgegriffen. So fasste der Vorstand der Karl-Arnold-Stiftung bereits im Jahr 2000 den Grundsatzbeschluss, die Arbeitsabläufe und die Bildungsmaßnahmen der Einrichtung zu evaluieren und ein Bildungscontrolling einzuführen. Einer der beiden stellvertretenden Vorsitzenden der Karl-Arnold-Stiftung übernahm verantwortlich die Aufgabe, gemeinsam mit der Leitung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erste Maßnahmen zur gezielten Qualitätsentwicklung durchzuführen.

Im Jahr 2001 wurde zunächst ein Qualitätszirkel eingerichtet. Hier wurden Erfahrungen aus der täglichen Arbeit und Verbesserungsmöglichkeiten des Angebots gemeinsam diskutiert. Ganz zu Anfang unserer Qualitätsbemühun-

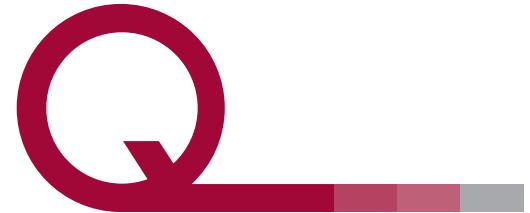
gen stand die Entwicklung eines Fragebogens zur Auswertung unserer Veranstaltungen. Dieser wurde anschließend optimiert, bis wir im März 2003 mit der Kompletterhebung unserer durchgeführten Bildungsveranstaltungen begannen, die wir bis heute ohne Unterbre-

wurde mit der Einführung einer eigenen Auswertungssoftware durch eine der beteiligten Einrichtungen auf deren Wunsch hin beendet. 2004 übernahm der Qualitätszirkel noch eine weitere wichtige Aufgabe: die Entwicklung unseres Leitbildes, in dem wir uns und unsere Arbeit sowie unser Selbstverständnis als Einrichtung der politischen Bildung beschreiben.

Nachdem sich Ende der 1990er Jahre der Gedanke der Qualitätssicherung nach und nach auch am Bildungsmarkt durchzusetzen begann, entstanden erste Zertifizierungseinrichtungen. Dabei gab es unterschiedliche Ansätze, angefangen von der sehr technisch geprägten

Normenreihe DIN EN ISO 9000 ff, die in der Industrie zur Qualitätssicherung dient, hin zu eigens für Weiterbildungseinrichtungen entwickelten Qualitätsstandards.

Anfang des Jahres 2005 wurde die Karl-Arnold-Stiftung Mitglied im Gütesiegelverbund



## Gütesiegel Weiterbildung

chung durchführen. Im Dezember 2004 gelang es uns, zwei weitere politische Bildner zu überzeugen, gemeinsam mit uns in eine wissenschaftlich begleitete Evaluation der durchgeführten Bildungsmaßnahmen einzusteigen. Diese Kooperation bestand drei Jahre und

*Ursula Schmidt-Bichler  
vom Gütesiegelverbund  
überreicht dem  
Vorsitzenden der  
Karl-Arnold-Stiftung,  
Dr. Bernhard Worms,  
das Zertifikat*



Weiterbildung. Von Anfang an hat uns die Philosophie des Gütesiegelverbunds überzeugt. Das Modell wurde von Menschen entwickelt, die aus der Weiterbildung kommen und somit das tägliche Geschäft und die Anforderungen sehr gut kennen. Wir konnten also davon ausgehen, dass das Qualitätsmanagement-System des Gütesiegelverbundes den an sich aus der Wirtschaft stammenden Begriff des Qualitätsmanagements um wichtige Elemente erweitern würde, die für uns als Einrichtung der politischen Weiterbildung wesentlich sind.

Ein weiterer Grund für die Wahl des Gütesiegelverbunds Weiterbildung war die Flexibilität des nicht statisch vorgegebenen Zertifizierungsmodells. Die Möglichkeit der Anpassung an die eigenen Arbeitsbedingungen und die permanente Weiterentwicklung und Verbesserung des Modells sind überzeugende Argumente, denn das System erfüllt damit für sich selbst bereits einige wesentliche Anforderungen, die es auch an die Weiterbildner stellt. Damit ist es insgesamt sehr überzeugend und glaubhaft. Alle Mitgliedseinrichtungen haben die Möglichkeit, an der Verbesserung und Weiterentwicklung des Modells mitzuarbeiten und sich untereinander auszutauschen. Die erste Maßnahme, die nach der Entscheidung für den Gütesiegelverbund Weiterbildung notwendig wurde, war die Bestellung eines Qualitätsbeauftragten (QB). Dieser nimmt in der Organisation im Auftrag und in enger Abstimmung mit der Leitung die Aufgaben der Qualitätsentwicklung (Qualitätsplanung,

-lenkung, -sicherung und -auswertung) wahr. Zu seinem sehr umfangreichen Aufgabengebiet gehören zum Beispiel

- der Aufbau, die Ausgestaltung, die Weiterentwicklung und die ständige Verbesserung des Qualitätsmanagement-Systems sowie die kontinuierliche Dokumentation,
- die Organisation von Teamtreffen und Sitzungen, die Vorbereitung der jährlichen Bewertung des Systems durch die Leitung, die Vorbereitung und Begleitung von internen und externen Audits sowie das Verfassen von Protokollen und Berichten,
- die Beratung und Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Fragen der Qualitätssicherung, das Sicherstellen eines Beschwerdemanagements, die Dokumentenlenkung und die Koordination des fachlichen Austauschs mit anderen Einrichtungen der Weiterbildung in Fragen der Qualitätsentwicklung.

Nach der sechstägigen Ausbildung des QB erfolgte dann am 1. Juni 2005 der entscheidende Schritt: Die Anmeldung zum eigentlichen Zertifizierungsverfahren. Dieses konnte – trotz eines personell bedingten Wechsels – bereits nach etwas mehr als einem Jahr im August 2006 erfolgreich mit unserer Zertifizierung abgeschlossen werden. In diese arbeitsintensive Zeit fielen sehr viele einzelne Schritte, die zur Erlangung des Zertifikats notwendig waren.

## Wie hoch ist der Aufwand?

Nach dem Verständnis des G utesiegelverbunds bedeutet Qualität:

- Die Zufriedenheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer steht im Mittelpunkt der Qualit tsbestrebungen der Weiterbildungseinrichtung.
- Die Einrichtung berät Interessentinnen und Interessenten in Fragen der Weiterbildung.

- Sie richtet die Planung ihres Programms an den Interessen der Teilnehmenden und am gesellschaftlichen Bedarf aus.
- Bei der Auswahl der Lehrenden wird auf deren fachliche und pädagogische Kompetenz geachtet.
- Die Einrichtung stellt sicher, dass für den Lernerfolg geeignete Unterrichtsräume, Materialien und Medien zur Verfügung stehen.
- Anregungen, Lob und Kritik werden aufgegriffen, ihre Bearbeitung kommt den Teilnehmenden zugute.
- Die Einrichtung hat sich verpflichtet, Qualität systematisch weiter zu entwickeln.

Das G utesiegelmodell ist in sieben Qualitätsbereiche aufgeteilt, die speziell auf die Belange von Weiterbildungseinrichtungen zugeschnitten sind. Jeder Qualitätsbereich ist in zahlreiche Standards unterteilt, die genauere Anforderungen definieren. Die Beschreibung, ob und wie eine Einrichtung diese Standards erfüllt und durch welche Nachweise sie dies

belegt, ist eines der Kernelemente des Systems. Im Vorfeld sind aber wesentliche grundlegende Dinge zu regeln. So müssen im Rahmen der Einführung eines Qualit tsmanagementprozesses zuerst alle relevanten Arbeitsabläufe

*>> Ziel war es dabei immer, die Qualität der in der Stiftung ablaufenden Prozesse und ihres gemeinsamen „Endproduktes“, nämlich unsere Bildungsarbeit, nachhaltig zu verbessern. <<*

Oliver Krauß

und -prozesse der Einrichtung beschrieben, dokumentiert und hinterfragt werden. Angefangen bei der Selbsteinschätzung aller Beschäftigten in Bezug auf ihre tägliche Arbeit wurden im Verlauf des Zertifizierungsverfahrens mit allen Beteiligten mögliche Schwach-

*>> Die wichtigsten Arbeitsprozesse wurden  
in einem Qualitätshandbuch zusammen gefasst. <<*

*Oliver Krauß*

stellen in den Arbeitsabläufen identifiziert und gemeinsam neue Lösungen erarbeitet. Ziel war es dabei immer, die Qualität der in der Stiftung ablaufenden Prozesse und ihres gemeinsamen „Endproduktes“, nämlich unsere Bildungsarbeit, nachhaltig zu verbessern. Die wichtigsten Arbeitsprozesse wurden in einem Qualitätshandbuch zusammen gefasst, welches vom Zeitpunkt seiner Freigabe an zukünftig die gemeinsame Arbeitsgrundlage und Orientierungshilfe für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darstellt. Im Handbuch sind auch die Qualitätspolitik der Stiftung und die daraus abgeleiteten Qualitätsziele beschrieben, deren Einhaltung wir kontinuierlich prüfen.

*Das Qualitätshandbuch*

Nach seiner Fertigstellung Anfang März 2006 haben wir unser Handbuch und die darin festgeschriebenen und vereinbarten Arbeitsprozesse, Formulare und Dokumente auf den Prüfstand gestellt und auf ihre Praxistauglichkeit hin untersucht. Wo dies nötig war, haben wir die Prozesse dann erneut angepasst. Anschließend fand mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein erstes internes Audit statt.

Dabei wurde vor allem der Kenntnisstand der in Bezug auf die im Handbuch beschriebenen Prozesse geprüft. Parallel wurden in einem umfangreichen Selbstreport alle Qualitätsbereiche entsprechend den vom Gütesiegelverbund vorgegebenen einzelnen Standards beschrieben. Die Einhaltung jedes einzelnen Standards ist dabei anhand von entsprechend geeigneten Nachweisen zu dokumentieren.



Nach intensiver Prüfung der eingereichten schriftlichen Unterlagen besuchten im Juli 2006 zwei Auditoren des Gütesiegelverbundes die Karl-Arnold-Stiftung und überzeugten sich vor Ort in einem rund sechsstündigen Audit über die Einhaltung der Qualitätsstandards. Hierzu führten sie mit mehreren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Gespräche und prüften die für den Nachweis erforderlichen Dokumente. In einem Abschlussgespräch mit der Leitung und dem QB stellten sie ihre aus dem Audit gewonnenen Erkenntnisse dar.

Auf Grundlage der positiven Empfehlung der Auditoren entschloss sich der Beirat des Gütesiegelverbundes im August 2006, das Gütesiegelzertifikat an die Karl-Arnold-Stiftung zu vergeben. Wir waren damit die erste politische Weiterbildungseinrichtung in Nordrhein-Westfalen, die dieses Zertifikat erhielt.

Nach den intensiven Bemühungen waren wir froh und stolz, dass wir die Zertifizierung geschafft hatten. Ausruhen konnten wir uns auf

unseren „Lorbeeren“ allerdings nicht: das vom Gütesiegelverbund verliehene Zertifikat gilt immer nur für drei Jahre und muss dann in einem komplett neu zu durchlaufenden Zertifizierungsverfahren erneut bestätigt werden. Diese drei Jahre haben wir zur Umsetzung der in unserem Selbstreport beschriebenen Entwicklungsvorhaben und zur weiteren Optimierung unseres Qualitätsmanagementsystems genutzt. So wurde das Qualitätshandbuch insgesamt zweimal überarbeitet und noch besser den Anforderungen an die tägliche Arbeit angepasst.

Ende Juni dieses Jahres war es dann wieder soweit: Nach der Anmeldung zum Zertifizierungsverfahren, der Einreichung des fortgeschriebenen Selbstreports mit allen Nachweisen erfolgte wieder ein eintägiger Besuch durch die Auditoren des Gütesiegelverbundes. Seit dem 21. Juli 2009 sind wir „rezertifiziert“, haben also erneut das Gütesiegel verliehen bekommen, das jetzt bis Ende August 2012 gilt.

## Welche Erfahrungen haben wir gemacht?

Seit dem Grundsatzbeschluss im Jahr 2000 haben wir das Zertifizierungsverfahren insgesamt zweimal vollständig durchlaufen und konnten dabei wertvolle Erfahrungen sammeln. Unsere wichtigsten Erkenntnisse sind: Qualität lässt sich nicht per Dienstanweisung

*>> Nach den intensiven Bemühungen waren wir froh und stolz, dass wir die Zertifizierung geschafft hatten. <<*

*Oliver Krauß*

vom Vorstand oder von der Leitung verordnen. Die Einführung eines Qualitätsmanagements kann nur dann gelingen, wenn es kein von oben verordnetes Verfahren ist, sondern nur, wenn alle - Vorstand, Leitung, haupt-

*>> Die Qualität unserer Bildungsarbeit  
ist besser geworden. <<*

*Oliver Krauß*

amtliche und nebenamtliche Mitarbeiter/innen - an einem Strang ziehen. Dies setzt bei allen Beteiligten Neugierde, Einsichts- und Kritikfähigkeit, Mut und Vertrauen voraus und verlangt von Leitung und QB viel Überzeugungskraft, Geduld, Durchhaltevermögen und Arbeit. Qualität lässt sich in einer Bildungseinrichtung nur gemeinsam mit allen Beteiligten sichern und kontinuierlich verbessern.

Wir haben nie verschwiegen, dass auch in unserer Einrichtung gerade zu Beginn des Prozesses bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Karl-Arnold-Stiftung die Skepsis gegenüber der Einführung des Qualitätsmanagementsystems überwog. Die teilweise bedrohliche fi-

nanzielle Situation im Weiterbildungsbereich, ständig steigende Anforderungen seitens der Fördermittelgeber an Dokumentationen und zu beachtende Richtlinien sowie die deutlich veränderte Erwartungshaltung auf Seiten unserer Teilnehmenden führten bereits seit 2001 bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu einer deutlich fühlbaren Mehrbelastung. Das Konzept des Qualitätsgedankens und des Qualitätsmanagements mutete manchen Beschäftigten zunächst schwer verständlich und sehr theoretisch an.

Diese Haltung änderte sich aber nach und nach mit der Erstellung der Tätigkeitsberichte und dem Bewusstmachen der eigenen Position in der Einrichtung.

Noch deutlicher und für alle greifbarer wurde das Thema mit der Bildung von Teams und der gemeinsamen Arbeit an der Erstellung des Qualitätshandbuchs. Jahrelang bekannte und immer wieder diskutierte Problembereiche wurden jetzt schriftlich dokumentiert und es

*vlnr. Ulrike Steimann, Oliver Krauß,  
Heinrich Kottkamp, Jürgen Clausius,  
Ursula Schmidt-Bichler*



wurde in gemeinsamen Gesprächen nach Lösungsmöglichkeiten gesucht. Viele Mitarbeiter erfuhren hier direkte Mitwirkungsmöglichkeiten und brachten sich und ihre Erfahrungen mit in das Handbuch ein. Die Einführung eines Qualitätsmanagementsystems sowie die beiden durchlaufenen Zertifizierungsprozesse haben sich für die Karl-Arnold-Stiftung nicht nur aus Qualitätsgesichtspunkten, sondern auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht gelohnt.

Die Qualität unserer Bildungsarbeit ist besser geworden. Wir kennen heute genauer die Bildungswünsche unserer Teilnehmenden und können deshalb unseren Zielgruppen in Übereinstimmung mit den öffentlichen Förderkriterien passgenaue, qualitativ hochwertige Bildungsangebote machen. Deshalb ist in den letzten Jahren die Kundenzufriedenheit stetig gestiegen.

Wir arbeiten heute effektiver. Viele Arbeitsschritte wurden standardisiert, was zu Kosten- und Arbeitszeiteinsparungen führte. Es gibt weniger Reibungsverluste unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Man reflektiert seine eigene Arbeit, man erkennt Fehler und lernt daraus, man baut Doppel- und Mehrfacharbeit ab, man strafft den Organisationsablauf und gewinnt dadurch mehr Ressourcen für die Bildungsarbeit und die Beratung und Betreuung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die Arbeitszufriedenheit und die Arbeitsmotivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

ist gestiegen. Das drückt sich in besseren Arbeitsergebnissen und weniger Fehltagen aus. „Qualität“ ist heute kein Fremdwort mehr, sondern fest in die tägliche Arbeit implementiert. Die Arbeit und Arbeitszeit, die wir in die Einführung des Systems und die Zertifizierungsverfahren investiert haben, wird sich über die Jahre amortisieren.

Wir haben uns für die Einführung eines Qualitätsmanagementsystems bereits zu einem Zeitpunkt entschieden, als es noch nicht absehbar war, dass Fördermittelgeber, wie zum Beispiel das Land Nordrhein-Westfalen, die Vergabe öffentlicher Mittel künftig an die Zertifizierung des Bildungsträgers binden wollen. Wir haben unsere Entscheidung für die Zertifizierung nachweislich nicht aufgrund politischen Drucks getroffen, sondern aus der eigenen Überzeugung heraus, dass es zu einer qualitativ hochwertigen Bildungsarbeit gehört, die Qualität seiner eigenen Arbeit ständig zu hinterfragen, einen kontinuierli-

*>> Die Arbeitszufriedenheit und die Arbeitsmotivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist gestiegen. <<*

*Oliver Krauß*

chen Verbesserungsprozess in Gang zu setzen und die Ergebnisse unserer Arbeit regelmäßig von externen Dritten überprüfen zu lassen. Für die Karl-Arnold-Stiftung war und ist die Zertifizierung ein guter und richtiger Weg, den wir auch anderen Weiterbildungseinrichtungen empfehlen können. Wir werden den eingeschlagenen Weg konsequent weiter beschreiten.



*Eine Studiengruppe der Karl-Arnold-Stiftung besucht  
in Berlin das Bundesfinanzministerium*



*Informationsgespräch im Landtag  
von Mecklenburg-Vorpommern*



## **Studienfahrten der**



*Eine Studiengruppe der Karl-Arnold-Stiftung besucht das Schweriner  
Dokumentationszentrum für die Opfer der Diktaturen in Deutschland*



*Diskussion mit Dr. Markus Pieper,  
Mitglied des Europäischen Parlaments*

An der Bernauer Straße erinnert Thomas Lukow  
an den Bau der Berliner Mauer



Verhörraum im ehemaligen Stasi-  
Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen



## Karl-Arnold-Stiftung



Teilnehmer eines Seminars lassen sich die technischen Feinheiten  
des Biomasseheizkraftwerks in Ostritz erklären



Der G8-Gipfel in Heiligendamm –  
Diskussion vor Ort über die Gipfelergebnisse

# Einblicke in die Arbeit der Karl-Arnold-Stiftung:

## Europa vor Ort – Studienfahrten nach Straßburg, Brüssel und Luxemburg als Möglichkeit politischer Bildung



von Ulrike Steimann,  
Studienleiterin der  
Karl-Arnold-Stiftung

Die Kenntnisse in weiten Teilen der Bevölkerung über Europa und die Europäische Union sind bescheiden, umso größer dagegen Vorurteile und festgefügte Meinungen gegen „die“ in Brüssel oder Straßburg. Wie kann es politische Bildung daher schaffen, in Zeiten, in denen sich die Europäische Union in einer tiefen politischen Legitimationskrise befindet, Sinn und Zweck der europäischen Einigung verständlich zu machen und für ein Europa zu werben, das – bei allen Mängeln – die größte friedensstiftende Leistung der vergangenen

Jahrzehnte darstellt? In der Europäthematik zeigt sich sehr deutlich, dass politische Bildung, die im Abstrakten verweilt, nicht nachhaltig wirken kann. Da europäische Politik im Alltag kaum wahrgenommen wird, auch wenn sie de facto in das Leben eines jeden einzelnen EU-Bürgers tief eingreift, bleibt Europa für viele Menschen eine bürokratische Konstruktion mit Kommissionen, Räten und Beamten, erfunden und gelebt von fernen Politikern und Technokraten. Schon geistert das Unwort von den „EU-Mandarinen“ durch die (virtuelle) Welt. Nicht ganz grundlos sind viele Bürger zu der Überzeugung gelangt, Europa mische sich in Dinge des alltäglichen Lebens ein, aus dem es sich besser heraushalten sollte. Selbst den europafreudigsten Menschen überkommt zuweilen das Gefühl, dass das institutionalisierte Europa seine Bürgerinnen und Bürger als unmündige Kinder begreift, die vor ihrer eigenen Dummheit durch die Weisheit und Klarsicht der Brüsseler Bürokraten beschützt

werden müssen. Das lange Ringen um den Vertrag von Lissabon, die offiziellen Reaktionen führender europäischer Politiker auf die ablehnenden Voten in Frankreich, den Niederlanden und Irland sowie die Klage einiger Bundestagsabgeordneter vor dem Bundesverfassungsgericht haben der Diskussion um die Bürgerferne der EU neue Nahrung gegeben. Viele Teilnehmer/innen unserer Europaseminarie sehen hier den Kern der Krise der Europäischen Union. Sie haben das Gefühl, dass Entscheidungen fernab der täglichen Realität über ihre Köpfe hinweg getroffen werden, während sie selbst als betroffene Bürger nur ein lästiger Störfaktor im politischen Prozess sind. Die Tatsache hingegen, dass fast alle „Brüsseler“ Entscheidungen tatsächlich durch die einzelnen Mitgliedsstaaten angeregt, zumindest aber immer entschieden werden, ist dabei den wenigsten bewusst. Diese Erkenntnis ist ein wichtiges Ergebnis der europapolitischen Studienfahrten und löst zumindest

*Informationsbesuch in  
Mons NATO Hauptquartier*

bei dem einen oder anderen Teilnehmer einen kleinen AHA-Effekt aus.

Studienfahrten oder besser gesagt Seminare vor Ort sind also eine gute Gelegenheit, dem uninformeden Zeitgenossen Einblicke in die Geheimnisse der Europäischen Union zu ermöglichen und festgefügte Meinungen und Urteile aufzubrechen. Unsere Zielorte sind die europäischen Hauptstädte Straßburg, Brüssel und Luxemburg.

Die Seminare bestehen aus thematisch miteinander verbundenen Bildungsmodulen wie Besichtigungen, Führungen, Erkundungen und Gesprächen, die eingebunden sind in Vorbereitungs- und Reflexionsphasen. Die einzelnen Module sind logisch aufeinander aufgebaut und beziehen sich inhaltlich aufeinander, auch wenn sich nicht jeder Programmpunkt immer zum gewünschten Termin realisieren lässt. Die Teilnehmer/innen erhalten Gelegenheit, sich über aktuelle Fragen der europäischen Politik auszutauschen, den Arbeitsalltag der Abgeord-



neten praktisch kennenzulernen und ihre Befürchtungen und Erwartungen an die europäische Politik zu formulieren. Vor Ort in Brüssel oder Straßburg wird alles real und mit Händen greifbar. Wer einmal das institutionalisierte Europa mit eigenen Augen gesehen hat, findet plötzlich Orientierung im Begriffsdschungel zwischen „Europäischer Rat“, „Europarat“ und „Rat der Europäischen Union“.

Europapolitische Seminare vor Ort schaffen einen direkten erlebnisbezogenen Zugang zur gesellschaftspolitischen Wirklichkeit und der Untersuchung tagesaktueller europäischer

Politik. Theorie und Abstraktion werden ergänzt um die reale Anschauung, die unmittelbare Erfahrung und das persönliche Gespräch mit unterschiedlichen Entscheidungsträgern. In der konkreten Betrachtung können Erfahrungen und Kenntnisse erworben werden, die eine künstliche Form der Anschauung und Vermittlung – zum Beispiel durch Vorträge, Diskussionen, Schaubilder, aber auch durch aktivierende Methoden wie Planspiele oder Workshops – nicht ermöglicht. Begegnungen und Gespräche statt durch Massenmedien transportierte Bilder machen den Teilnehmen-

den politische Gegebenheiten erfahrbar, die ihnen im Alltag verschlossen bleiben. Durch die Diskussion mit Experten und Beteiligten werden Urteile und Einstellungen überprüft und findet ein punktueller Perspektivenwechsel statt.

Mit dieser Veranstaltungsform werden außerdem Menschen aktiviert und angesprochen, deren Interesse an den „klassischen“ Methoden politischer Bildung eher gering ist. Über den Anreiz einer Reise gelingt es, das bei aller

Kritik durchaus vorhandene Interesse an Europa für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung nutzbar zu machen. Die positiven Aspekte einer politischen Studienfahrt sollten daher nicht unterschätzt werden, denn sie liefert Werbung und Teilnehmer/innen für die unter Rechtfertigungsdruck geratene politische Bildung und fördert in vielen Fällen nachhaltige Bildungsprozesse.

Lernen vor Ort darf jedoch nicht nur Eindrücke und Erlebnisse vermitteln, sondern muss

Erlebtes in geeigneter Form aufarbeiten und hinterfragen. Die konkreten Erfahrungen vor Ort müssen um theoretisches Wissen ergänzt und gegebenenfalls auch relativiert werden. So sind zum Beispiel Kenntnisse über die Arbeitsweise oder die Zuständigkeiten der Organe und Institutionen der EU bei den meisten Teilnehmern nur in Ansätzen vorhanden oder fehlen gleich völlig. Eine gründliche inhaltliche Einführung und die Klärung von Begriffen zu Beginn und im Verlauf des Seminars sind also unbedingt notwendig, da ohne einen Gesamtüberblick über die Geschichte der europäischen Integration und die Organe der EU die Einzelaspekte des Programms nicht eingeordnet werden können. Dies ist die Aufgabe der Tagungsleiter. Sie sind für die Vor- und Nachbereitung, für die Einordnung des Erlebten in den Gesamtzusammenhang und für die „Sinngabe“ im weitesten Sinne zuständig, indem sie Bezüge zum Vorwissen und zur Lebenserfahrung der Teilnehmenden herstellen.



*Seminargruppe im Europäischen  
Parlament mit dem Europa-  
abgeordneten Dr. Markus Pieper*

Die angewandten Methoden sind dabei möglichst vielfältig, allerdings auch abhängig von der zur Verfügung stehenden Zeit und den vorhandenen Räumlichkeiten. So kommen abwechselnd Lehrgespräch, AV-Präsentation, Feature oder auch Videos und Rätsel zum Einsatz. In „Keynote“ oder „Power-Point“ gestützten Vorträgen skizzieren die Tagungsleiter wichtige Daten der europäischen Einigung seit 1948, stellen die Institutionen im Überblick dar und erläutern ihr Zusammenwirken. Darüber hinaus wird auf die Zukunft der EU im Hinblick auf die vorgesehenen Änderungen im Vertrag von Lissabon eingegangen. Zum Schluss werden das Seminarprogramm und die notwendigen organisatorischen Regelungen vorgestellt. Erst mit diesem Vorwissen können ertragreiche Gespräche mit Fachreferenten aus den europäischen Institutionen oder mit Abgeordneten geführt werden.

Inhaltliche Schwerpunkte der Veranstaltungen sind Informationen über die Grundlagen und

Zusammenhänge europäischer Politik, Fakten zur europäischen Integration sowie zum Zusammenspiel der verschiedenen europäischen Institutionen. Auch die Darstellung der wesentlichen Aspekte des Reformvertrages von Lissabon, Akzeptanz und Relevanz der EU bei den Bürgern, die Erweiterungsfähigkeit der EU und die Problematik eines Türkeibitteirts sind Dauerbrenner der Diskussion und damit wichtige Bestandteile des Seminarprogramms. Die Gespräche mit Fachreferenten aus den europäischen Institutionen und mit Europaabgeordneten sowie die Möglichkeit, als Zuschauer an einer Debatte des Europäischen Parlaments teilzunehmen, sind für die meisten Teilnehmer in vieler Hinsicht lehrreich. Als Zuschauer auf der Parlamentstribüne erhalten sie zum Beispiel Einblicke in den Ablauf und die formalen Grundlagen einer Parlamentsdebatte wie Anwesenheitsübersicht, Statements der Abgeordneten zur aktuellen Thematik, zeitliche Beschränkung der Beiträge, namentliche Ab-

*>> Inhaltliche Schwerpunkte der Veranstaltungen sind Informationen über die Grundlagen und Zusammenhänge europäischer Politik, Fakten zur europäischen Integration sowie zum Zusammenspiel der verschiedenen europäischen Institutionen. <<*

*Ulrike Steimann*

stimmung und En-bloc-Abstimmungsverfahren. Den meisten Gesprächspartnern gelingt es, die Seminargruppe in die Problematik des europapolitischen Alltags, in die Arbeit der Institutionen und in ihre vielfältigen Aufgaben einzuführen. Sie verzichten soweit wie möglich auf jede Art von Institutionenkunde, sondern erläutern anhand von Beispielen aus der Praxis das aktuelle europapolitische Tagesgeschehen oder wichtige Prinzipien der



*Studiengruppe der Karl-Arnold-Stiftung aus Ibbenbüren vor dem Europarat*

europäischen Verfasstheit wie zum Beispiel das Prinzip der Subsidiarität und die Möglichkeiten der Regionen, wirkungsvoll Einfluss nehmen zu können. Sie diskutieren mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wichtige Fragen und entwickeln Überlegungen, wie das Interesse der Bürger Europas an der EU vergrößert werden kann.

Der Besuch des Europarates in Straßburg – einer Institution, die nicht Bestandteil der Europäischen Union ist – ist ebenfalls ein wich-

tiger Programmpunkt einer Seminarwoche. Während des informativen Besuchs gehen die Mitarbeiter/innen des Besucherdienstes und ausgewählte Fachreferenten besonders auf die Ursprünge des europäischen Einigungsprozesses und aktuelle Fragen des Schutzes von Menschenrechten in den europäischen Staaten ein. Die Rolle des Europarates, seine Geschichte und seine Möglichkeiten im Rahmen seiner Zielsetzung werden den meisten Teilnehmern hier zum ersten Mal deutlich.

Neben dem Besuch von Institutionen und dem Meinungsaustausch mit Europaexperten sind die immer wieder eingebauten Exkursionen ein ganz wesentlicher Bestandteil der Seminare vor Ort. Sie erst machen das Seminar wirklich lebendig und sind häufig der wichtigste Anreiz, sich überhaupt zur Teilnahme zu melden.

Stadtrundfahrten und Exkursionen ins Umland des jeweiligen Tagungsortes sind eine gute Gelegenheit, politische und historische Bildung auf einmalige und hervorragende Art zu verbinden. Dieser Seminarbaustein spannt gekonnt den Bogen von der Europäischen Union zur Geschichte und Politik des besuchten Landes sowie zu kulturellen Aspekten der jeweiligen Hauptstadt. Die europäische Komponente von Geschichte und Gegenwart zu beleuchten und neben historischen Bezügen immer wieder die politische Dimension der besuchten Orte sichtbar zu machen, ist ein wesentliches Ziel dieser Exkursionen. Fahrten

ins Elsass und Führungen durch Straßburg thematisieren das über viele Jahrhunderte problematische Verhältnis der Deutschen und Franzosen. Hier wird das Phänomen der Feindschaft wie der Aussöhnung lokal „erfahrbar“ und erschließt sich den Teilnehmern auf der Ebene der konkreten politischen Gestaltung. Mit dem Europa-Viertel in Straßburg lernen die Teilnehmenden die Stadt der europäischen Einigung kennen, mit der Altstadt und dem Straßburger Münster sowie dem wilhelminischen Viertel aber auch die Stadt des über viele Jahrhunderte besonderen deutsch-französischen Verhältnisses. Was kann zum Beispiel die spannungsreiche und wechselvolle deutsch-französische Geschichte besser symbolisieren als das Gefallenendenkmal in der Mitte der Place de la République, das eine Mutter mit einem deutschen und einem französischen Soldaten im Arm darstellt? Stadtrundfahrten durch Brüssel beleuchten immer auch die komplexe und schwierige po-

litische Situation in Belgien, das Verhältnis von Flamen und Wallonen oder die Arbeit des königlichen Mediators und der Kommission zur Verfassungsreform.

Während die Veranstaltungen in Straßburg und Brüssel vor allem das institutionalisierte Europa zum Thema haben, reflektieren die Seminare in Luxemburg an unterschiedlichen Orten die Frage „Europa woher, wohin?“ Hier werden die Stadt Luxemburg und nahe ge-

legene Orte besucht, die für die europäische Einigung in der Vergangenheit und der Gegenwart von besonderer Bedeutung waren bzw. sind oder exemplarisch einen Ausschnitt europäischer Wirklichkeit repräsentieren.

Die Seminare in Luxemburg eignen sich in erster Linie für Teilnehmer/innen, die schon mit der europäischen Integration, der EU und ihren wichtigsten Institutionen wie Parlament, Kommission und Ministerrat vertraut



*Studiengruppe der Karl-Arnold-Stiftung aus Willich am Kriegsgefallenendenkmal Place de la République in Straßburg*

sind, Brüssel oder Straßburg besucht haben und nun ausgewählte speziellere Fragen der Geschichte oder der aktuellen europäischen Politik vertiefen möchten.

Die historische Perspektive, der Blick zurück, wird in Aachen, Verdun, Metz oder Diekirch in den Ardennen beleuchtet, die aktuellen Fragen der Europäischen Union werden in Luxemburg, Schengen und in Saarbrücken debattiert. In Aachen wird der Frage nach-

gegangen, welche Bedeutung Karl der Große als „Vater Europas“ für die Kultur und das Selbstverständnis des Kontinents hat. In Trier wird die Rolle des römischen Reiches als „erste Vereinigung Europas“ debattiert. Mit einer Besichtigung der Gedenkstätten von Verdun wird den Seminarteilnehmern einer der Höhepunkte der europäischen Konfliktgeschichte anschaulich vermittelt, und in den Gängen der Festung Douaumont kann das Grauen des

Krieges unmittelbar erahnt werden. Die konfliktreiche deutsch-französische Geschichte können die Teilnehmer/innen in Metz nachvollziehen, wo die Zeit des Reichslandes Elsaß-Lothringen thematisch im Vordergrund steht.

Die Ardennenoffensive im Winter 1944 kann anschaulich im nationalen Museum für Militärgeschichte in Diekirch erfahren werden.

Das gegenwärtige Europa zeigt sich an den Europäischen Institutionen in Luxemburg. Die Referenten im Europäischen Parlament, beim Europäischen Rechnungshof und beim Europäischen Gerichtshof geben Gelegenheit, die aktuellen Probleme der Union zu diskutieren und die Kenntnisse über die europäische Kooperation besonders in den Bereichen Vertrag von Lissabon und Finanzen zu vertiefen.

Ein Besuch im Landtag von Saarbrücken und das Gespräch mit Abgeordneten ist eine wichtige inhaltliche Ergänzung, da hier Europapolitik für die Bürger und die Kooperation im grenznahen Raum erörtert wird. Vielfältige



*Ein Referent stellt Ziele und Aufgaben der Pontes-Agentur, einem Bildungsnetzwerk in der Euroregion Neisse, vor*

## *Diskussion mit einem Mitarbeiter des Europaparlaments*

Maßnahmen der Zusammenarbeit im Rahmen der Region SaarLorLux (Saarland, Lorraine, Luxemburg) werden erörtert und so verdeutlicht, dass Europapolitik bei den Bürgern ankommen und erlebt werden muss.

Insgesamt wird interessierten Bürgern mit den Veranstaltungen in Luxemburg durch die Exkursionsorte, die Referenten und den Ablauf ein abwechslungsreiches Seminar geboten, das ausgetretene Pfade verlässt und daher für Teilnehmer, die schon in Straßburg oder Brüssel waren, etwas Neues, Unbekanntes bieten kann.

## **Eine Bemerkung zum Schluss**

Politische Bildung in Form von Studienfahrten gehört zum selbstverständlichen Angebot vieler politischer Bildner. Auch Zuwendungsgeber wie die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) erkennen diese Vermittlungsform politischer Bildung als „förderungswürdig“



an. Doch stellen unrealistische Förderbedingungen, die auf ein als Studienfahrt konzipiertes Seminar nicht anwendbar sind, für den Zuwendungsempfänger ein erhebliches Problem dar. Die zeitlichen Vorgaben zur Förderung eines Seminartages – sechs oder sogar acht Unterrichtsstunden pro Tag – sind in einer Veranstaltung, die auf Fortbewegung im wahrsten Sinne des Wortes angelegt ist, häufig nicht zu schaffen. Das Pendeln zwischen Parlamenten, Ministerien, Gedenkstätten, Mu-

seen und Hotel, die Eingangskontrollen vor Ort, die notwendigen Erholungspausen und Mahlzeiten und die zum Teil eingeschränkte Mobilität der Teilnehmenden benötigen Zeit. Eine Wegstrecke, die von Jugendlichen in fünf Minuten bewältigt wird, dauert bei älteren Teilnehmenden gern doppelt bis dreimal so lange. Auch das Zurechtfinden in fremden Gebäuden oder schlichte Selbstverständlichkeiten wie Toilettenpausen – außerhalb einer festen Tagungsstätte – sind Faktoren, die bei der

zeitlichen Planung des Programms einkalkuliert werden müssen, aber bei der Berechnung von Unterrichtseinheiten keine Rolle spielen. Lehreinheiten im gemeinsamen Fortbewegungsmittel Bus sind ebenfalls von der Förderung ausgenommen, so dass die Forderung nach fachlichen Hinführungen zu besuchten Orten (zum Beispiel bei Gedenkstätten, die auf der Hin- und Rückfahrt angefahren werden), irrelevant wird, wenn dazu durchgeführte „Unterrichtseinheiten“ nicht anerkannt werden, weil sie im Bus stattgefunden haben.

So kommt es, dass die Teilnehmer/innen zwar von morgens bis abends ein anstrengendes



Programm absolvieren, von fünf Tagen Seminarlänge dann aber maximal zwei oder drei Tage als förderungswürdig anerkannt werden. Der recht hohe Teilnehmerbeitrag erlaubt es zwar in der Regel, diese „Förderungslücken“ zu überbrücken. Jedoch sollte nicht übersehen werden, dass bei dieser Art der Förderung letztlich nur eine finanziell stabile Klientel das Angebot wahrnehmen kann. Andere Zielgruppen – Jugendliche und sozial benachteiligte Bürger/innen – können von diesem Seminarangebot immer weniger Gebrauch machen, da der geforderte Tagungsbeitrag ihre finanziellen Möglichkeiten überschreitet.

Studienfahrten stellen eine Ergänzung und Bereicherung des vielfältigen Angebots außerschulischer politischer Jugend- und Erwachsenenbildung dar. Mit ihnen lassen sich Lernziele erreichen, die mit konventionellen Vermittlungsformen nicht zu realisieren sind. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer denken nach einer Studienreise oft anders als zuvor. Als Fazit

der europapolitischen Seminare vor Ort lässt sich festhalten, dass die Akzeptanz der EU bei den Teilnehmern zum Teil deutlich steigt, zumindest aber ihre Zielsetzungen erkannt werden. Viele bekunden, dass sie erst durch die Fahrt ein vertieftes Bild von Europa und von der europäischen Politik gewonnen haben und motiviert wurden, das politische Geschehen in Zukunft aufmerksamer zu verfolgen oder den europäischen Einigungsprozess aktiver und aufgeschlossener als vorher zu unterstützen. Die Nachhaltigkeit solcher Äußerungen und ihre Umsetzung im Alltag der Teilnehmenden lassen sich natürlich nicht objektiv überprüfen, doch sollte der Lern- und Multiplikatoreneffekt gerade bei den sperrigen Themen „Europa“ und „Institutionenkunde“ nicht unterschätzt werden. Nach einer Studienfahrt sind die meisten Teilnehmer/innen außerdem von der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit politischer Bildungsarbeit – und deren Unterstützung durch die öffentliche Hand – überzeugt.

*Eine Studiengruppe der Karl-Arnold-Stiftung trifft in Berlin Bundeskanzlerin Angela Merkel*

# Festveranstaltung anlässlich des 50. Todestages von Karl Arnold im Rathaus der Stadt Düsseldorf



Karl  
Arnold



\* 21. März 1901  
† 29. Juni 1958

# Einblicke in die Arbeit der Karl-Arnold-Stiftung:

**Werte und Glauben in einer älter werdenden Gesellschaft. Ein Werkseminar.**



von Dr. Barbara Hopmann,  
hauptamtliche  
pädagogische  
Mitarbeiterin

Das schon lange virulente, in Deutschland jedoch erst in den letzten Jahren verstärkt ins Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit gerückte Thema „Demographischer Wandel“ ist bereits seit langem inhaltlicher Bestandteil von Seminaren der Karl-Arnold-Stiftung, beispielsweise im Bereich Familienpolitik oder „Recht im Alter“.

So lag es nahe, sich an einem Pilotprojekt des Arbeitskreises der Bildungsstätten und Akademien (Heimvolkshochschulen) in Nordrhein-Westfalen (@ba) zu beteiligen, das Ende 2006,

Anfang 2007 unter dem thematischen Schwerpunkt „Wertebildung in der älteren Generation“ durchgeführt wurde.

Ziel dieses vom Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen geförderten Projekts war es zum einen, neue Veranstaltungsformen speziell für ältere Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu entwickeln, die sich inhaltlich mit den Themen Wertebildung, ethische Fragen und Weltanschauung beschäftigen. Dabei sollten sowohl die speziellen Bedürfnisse und Lerngewohnheiten Älterer berücksichtigt werden als auch Fragestellungen, die diese im Zusammenhang mit Wertebildung und Wertevermittlung besonders interessieren. Zum anderen sollte untersucht werden, wie Ältere an das Thema herangehen, welche Lernziele für sie relevant sind und ob für sie ein besonderes pädagogisches Konzept mit eigener Methodik erforderlich ist. In der öffentlichen Diskussion ist das Thema „Werte“ immer wieder präsent. Während die

einen glauben, eine „Renaissance der Werte“ feststellen zu können, sprechen andere von einer Werteverziehung oder gar einem Werteverfall und fordern die Einführung eines Unterrichtsfachs „Werteerziehung“. In den Debatten um die europäische Verfassung gehörte die Diskussion um gemeinsame Grundwerte in Europa zu den Kernpunkten und ist – nicht zuletzt im Hinblick auf mögliche künftige Erweiterungsrunden der Europäischen Union – noch lange nicht abgeschlossen. Im Zuge der Auseinandersetzung mit Islamismus und internationalem Terrorismus werden die „westlichen Werte“ beschworen, die es zu verteidigen gilt.

Betrachtet man das Thema „Werte“ im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel, so sind es zunächst oft negative Aspekte, die im Vordergrund zu stehen scheinen. Zu nennen ist hier vor allem der viel beschworene „Krieg der Generationen“. Gerne werden Untersuchungen zitiert, wonach Ältere der jün-

>> In der öffentlichen Diskussion ist das Thema „Werte“ immer wieder präsent. <<

Dr. Barbara Hopmann

geren Generation schlechte Noten für deren Wertorientierung erteilen. So wie beispielsweise eine Umfrage der Bertelsmann-Stiftung, in der vermeintlich fehlender Fleiß und Ehrgeiz sowie nicht vorhandener Respekt vor fremdem Eigentum und zu hohe Konsumorientierung bei Jugendlichen kritisiert werden. In den Hintergrund rücken demgegenüber Untersuchungen wie die Shell-Studie, die regelmäßig die Sehnsucht vieler junger Leute nach verlässlichen Werten und Vorbildern, die Halt und Orientierung bieten, dokumentieren.

## Das Seminar

Die Karl-Arnold-Stiftung bietet seit einigen Jahren regelmäßig ein Seminar zum Thema „Werte und Glauben in Alltag und Politik“ an. Dieses wendet sich zwar nicht ausschließlich an Ältere, wurde jedoch in der Vergangenheit überwiegend von älteren Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht.

Im Zuge des Kooperationsprojekts mit dem @ba wurde daraus ein Seminar speziell für die so genannte Generation 60 plus entwickelt, das Ende Januar 2007 unter dem Titel „Werte und Glauben in einer älter werdenden Gesellschaft. Ein Werkseminar“ im Adam-Stegerwald-Haus in Königswinter stattfand. An dem Seminar nahmen 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmer teil – alle über 60 und fast alle ehrenamtlich in konfessionell gebundenen Einrichtungen engagiert.

## Zielsetzung und Inhalte

Ziel war es, wie bereits erwähnt, ein Seminar zu konzipieren, das sich inhaltlich, didaktisch und methodisch speziell an den Bedürfnissen Älterer orientiert. Dabei sollten nicht nur Informationen rund um das Thema „Werte“ vermittelt werden, sondern vor allem Möglichkeiten zum Gedanken-, Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit Experten und an-

*Diskussion  
mit Referenten*





deren Teilnehmerinnen und Teilnehmern geboten werden. Zudem sollte die Gelegenheit bestehen, sich durch Erleben vor Ort und anhand konkreter Fallbeispiele mit der Thematik auseinanderzusetzen.

Inhaltlich konzentrierte sich das vor diesem Hintergrund entwickelte dreitägige Seminar insbesondere auf die Aspekte:

- Christliche Werte und Ethik in Gesellschaft und Politik;
- Wertewandel und die Veränderung von Werten in einer älter werdenden Gesellschaft;
- Wertvorstellungen und Werteverständnis im Vergleich der Generationen;
- Auseinandersetzung mit den Werten unterschiedlicher Kulturkreise vor dem Hintergrund der sich verändernden gesellschaftlichen Strukturen in der Bundesrepublik Deutschland;
- Beschäftigung mit Wertvorstellungen im Spiegel persönlicher Erfahrungen und Lebensabschnitte.

*>> Den Auftakt des Seminars bildete ein Vortrag über das christliche Menschenbild und daraus resultierende Werte und Wertvorstellungen. <<*

*Dr. Barbara Hopmann*

Den Auftakt des Seminars bildete ein Vortrag über das christliche Menschenbild und daraus resultierende Werte und Wertvorstellungen. Trotz der teilweise sehr theoretischen und trockenen Materie gelang es dem Referenten, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit einzubinden und ein angenehmes Gesprächsklima herzustellen. Bereichert wurde die Seminar einheit zudem durch persönliche Erfahrungen und Beispiele aus dem konkreten Lebensumfeld oder Berufsleben der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

*Die Teilnehmer führen ein Gespräch zum Thema „Orientierung und Halt in der Religion? Was können christliche Kirchen mit ihrer Botschaft für unsere Zukunft leisten?“*

Am zweiten Seminartag fanden sich diese zu- nächst in drei Arbeitsgruppen zusammen. Ziel war es, mögliche Veränderungen oder Verschiebungen in der persönlichen Werteskala im Verlauf des eigenen Lebens zu beschreiben und die Gründe dafür zu analysieren. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden anschließend zusammengetragen, gemeinsam ausgewertet und im Plenum diskutiert.

Nachmittags besuchten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Rahmen einer Exkursion das Palais Schaumburg und das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die Reaktionen waren durchweg begeistert; beide Programmpunkte wurden als ideale Ergänzung zum übrigen Seminar gewertet.

Im Mittelpunkt des dritten und letzten Seminar- tags stand ein Gespräch mit einem Theologen zum Thema „Orientierung und Halt in der Religion? Was können christliche Kirchen mit ihrer Botschaft für unsere Zukunft leisten?“. In einem sehr persönlichen und besinnlichen

Vortrag, der mit themenbezogenen Gedichten, Geschichten, Tagebuchauszügen, Bibelzitaten und mit einer Bildinterpretation des Misereor Hungertuchs angereichert war, setzte sich der Referent mit christlichen Werten und der Frage auseinander, wie diese zu Visionen werden können, die eine Gesellschaft und ein Volk am Leben erhalten. Er appellierte an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, ihr Erfahrungswissen als Ältere durch Erzählen an Kinder und Enkel weiterzugeben, da sich Werte, um angenommen zu werden, auf Erfahrungen beziehen müssten. In der letzten Einheit vor der abschließenden Seminarauswertung wurden rückblickend die bisherigen Ergebnisse des Seminars zusammengefasst. Anhand des Vorworts von Peter Frey aus der Publikation „77 Wertsachen. Was gilt heute?“ diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter der Fragestellung „Alte Werte - neue Werte?“ den möglichen Beitrag Älterer für eine erfolgreiche Zukunft unserer Gesellschaft.

## Methoden

Im Gegensatz zu früheren Seminaren zum Themenkomplex „Werte“, bei denen vorwiegend herkömmliche Methoden (Vortrag / Diskussion) eingesetzt wurden und Gruppenarbeiten oder ähnliche Arbeitsformen eher weniger Raum einnahmen, war diesmal von vornherein ein stärkerer „Methodenmix“ beabsichtigt. Vor diesem Hintergrund wurde das Seminar, wie beschrieben, auf einer Mischung aus

- Vorträgen mit und ohne Medieneinsatz,
- Diskussionen,



*Wertediskussion  
in der Gruppe*

- moderierter Gruppenarbeit und
- Gesprächskreisen aufgebaut.

Da sich der Wechsel von „Lernorten“ bzw. der „Lernumgebung“ auch bei anderen Seminaren stets bewährt und das Gruppenklima positiv beeinflusst hat, wurden mit dem Besuch des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und des Palais Schaumburg zudem thematisch passende Ex-

kursionen einbezogen. Besonderer Wert wurde darüber hinaus auf eine großzügige zeitliche Gestaltung mit ausreichenden Pausen, Reflexions- und Gesprächsphasen gelegt. Die eingeplanten Kaffeepausen und die gemeinsamen Mahlzeiten boten weitere, von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern intensiv genutzte Gelegenheiten zum informellen Gedankenaustausch und zur vertiefenden Diskussion.



## **Erfahrungen und Schlussfolgerungen**

Die Reaktionen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf das Seminar waren durchweg positiv, wobei in der Auswertung vor allem der stringente inhaltliche Aufbau und die großzügige zeitliche Gestaltung mit ausreichend Pausen und Reflexionszeiten hervorgehoben wurden. Die Mischung aus Arbeiten im Seminar- oder im Gruppenraum, aus Exkursionen und Zeiten zur Entspannung wurde von allen als wohltuend und lernfördernd empfunden. Die anfangs bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern vorhandene, auch sonst bei Älteren oft festzustellende Skepsis gegenüber Methoden wie Gruppenarbeiten oder Gesprächskreisen legte sich rasch. Stattdessen ließen sich die Mitwirkenden auf das Tagungsthema ein, beteiligten sich intensiv an den durchaus auch kontroversen Diskussionen und brachten ihre eigenen beruflichen und persönlichen Erfah-

*Gruppenarbeit*

rungen ein. Die im Kontext des Projekts ebenfalls gestellte Frage, ob im Zusammenhang mit dem Thema „Wertebildung – Wertewandel – Wertevermittlung“ ein besonderes pädagogisches Konzept mit eigener Methodik für Ältere erforderlich sei, können wir nicht unbedingt bejahen. Viele Angehörige der heutigen älteren Generation haben sich im Laufe ihres Lebens, nicht zuletzt im Zuge der Kindererziehung und – wieder neu – als Großeltern, mit dem Thema „Werte“ in unterschiedlichsten Ausprägungen auseinandergesetzt und verfügen meist über gefestigte Positionen in dieser Frage. Auch bestehende kirchliche bzw. religiöse Bindungen spielen eine wichtige Rolle. Aufgrund des fortschreitenden demographischen Wandels und der Auflösung traditioneller familiärer Strukturen wird jedoch künftig die Möglichkeit zur Begegnung und zum Austausch zwischen den Generatio-

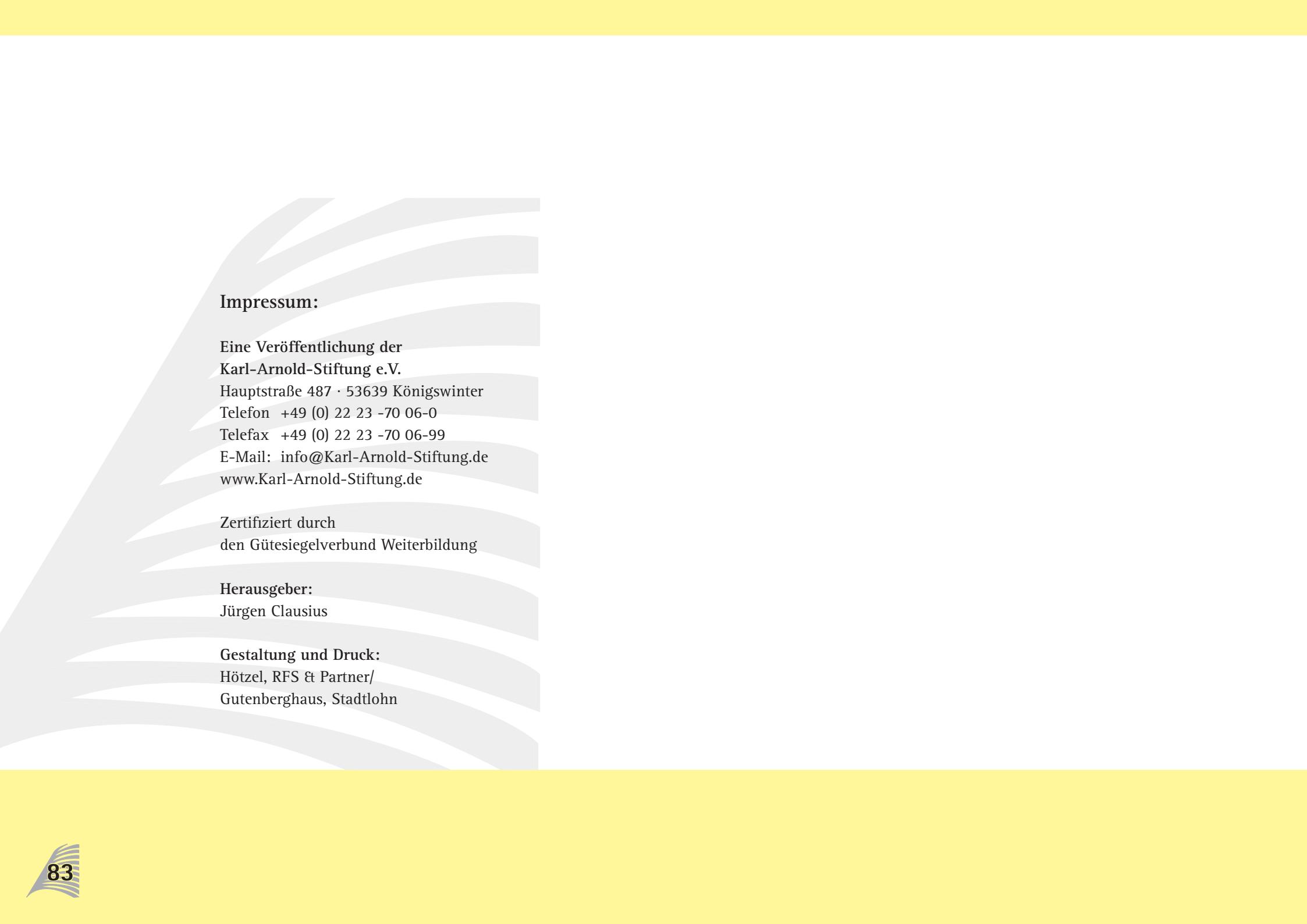
nen immer wichtiger. So ist es vielen Älteren ein Anliegen, sich mit den Wertvorstellungen jüngerer Menschen auseinanderzusetzen und einen Zugang zu dem scheinbar oft gegensätzlichen Werteverständnis zu erlangen. Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Entwicklung gewinnt zudem die Auseinandersetzung

*>> Die Erwachsenenbildung könnte von dem wachsenden Bedarf nach Weiterbildung bei Älteren profitieren. <<*

*Dr. Barbara Hopmann*

mit den Werten unterschiedlicher Kulturregionen („Wertevergleich“), verbunden mit der Frage der interkulturellen Toleranz, immer größere Bedeutung. Die Erwachsenenbildung als solche wird sich in Zukunft in wesentlich stärkerem Maße als bisher mit der demographischen Entwicklung und deren Folgeerscheinungen – hö-

herer Lebenserwartung, Kinderlosigkeit oder der Zunahme Alleinlebender, um nur einige zu nennen – auseinandersetzen müssen. Eine besondere Herausforderung wird darin bestehen, Angebote für das „dritte“ oder auch das „vierte“ Lebensalter zu entwickeln und dabei auch lernphysiologische Erkenntnisse zu berücksichtigen, denen das bisherige Weiterbildungsangebot – nicht zuletzt vor dem Hintergrund förderrechtlicher Vorgaben – nicht genüge leistet oder leisten kann. Nur so kann Älteren ein chancengerechter Zugang zu lebenslangem Lernen ermöglicht werden, und nur so können deren Kompetenzen und Erfahrungen unserer Gesellschaft im erforderlichen Maße zugute kommen. Die Erwachsenenbildung könnte von dem wachsenden Bedarf nach Weiterbildung bei Älteren profitieren. Der demographische Wandel stellt für sie somit gleichsam eine Chance dar.



## **Impressum:**

Eine Veröffentlichung der  
Karl-Arnold-Stiftung e.V.  
Hauptstraße 487 · 53639 Königswinter  
Telefon +49 (0) 22 23 -70 06-0  
Telefax +49 (0) 22 23 -70 06-99  
E-Mail: [info@Karl-Arnold-Stiftung.de](mailto:info@Karl-Arnold-Stiftung.de)  
[www.Karl-Arnold-Stiftung.de](http://www.Karl-Arnold-Stiftung.de)

Zertifiziert durch  
den Gütesiegelverbund Weiterbildung

Herausgeber:  
Jürgen Clausius

Gestaltung und Druck:  
Hötzl, RFS & Partner/  
Gutenberghaus, Stadtlohn



